

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Band: 179 (2001)

Artikel: Basel 2001 : Kleinstadt - internationale Stadt
Autor: Felder, Pierre
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

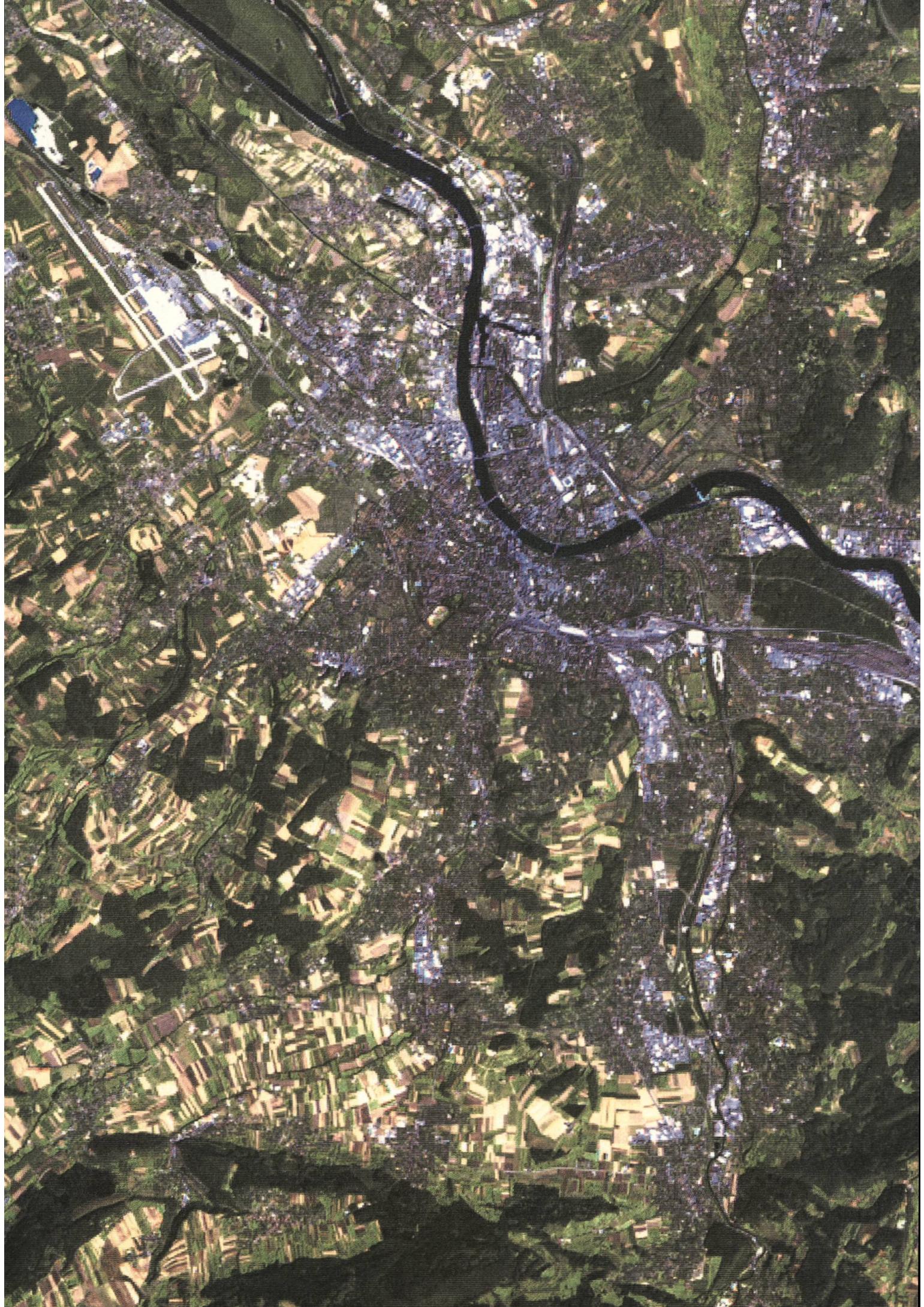
Eine neue Zeit

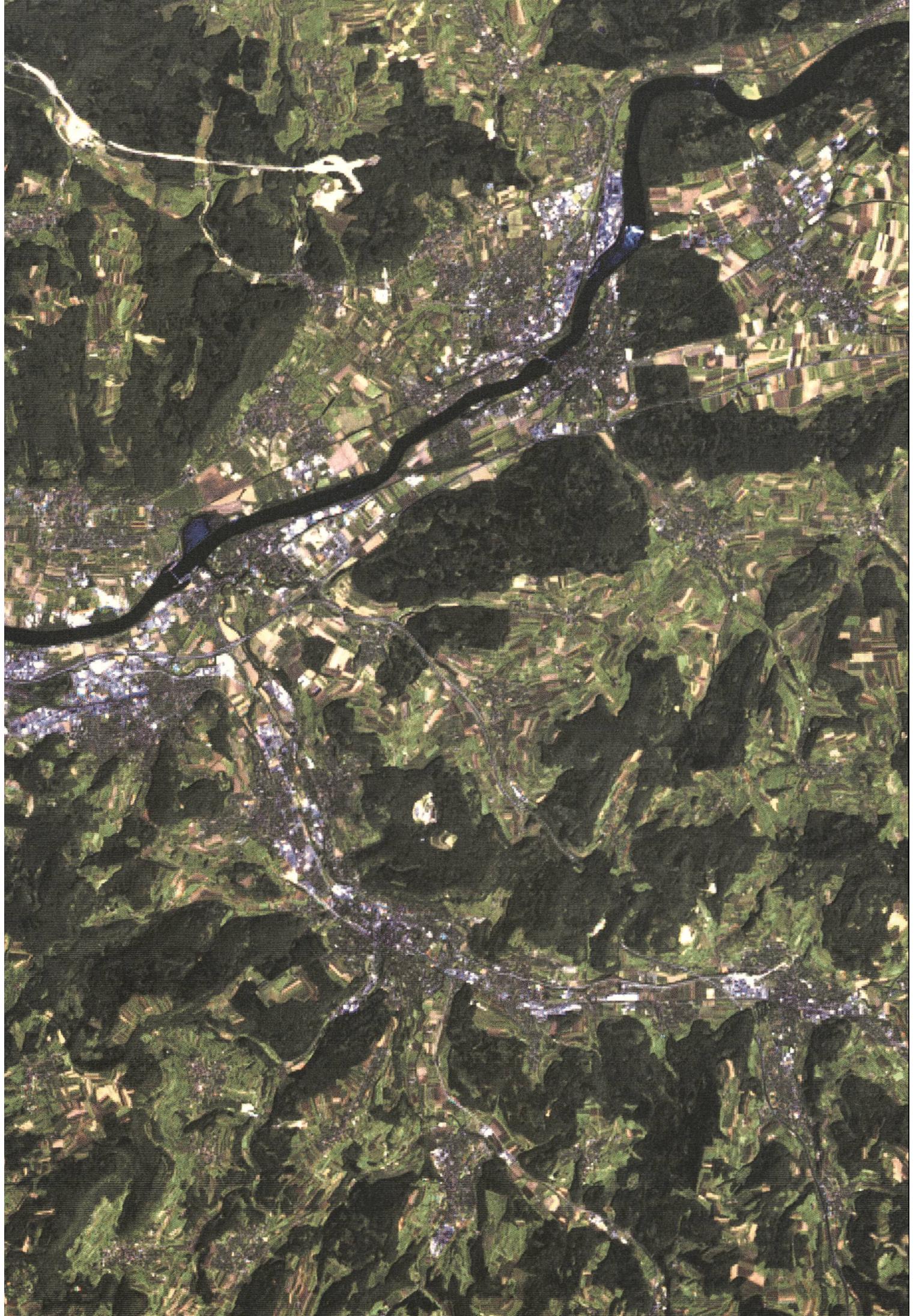
Stellen Sie sich einen Zeitreisenden aus dem Basel von 1501 vor, der im heutigen Basel landet. Die Stadt wird ihm einen höchst zwiespältigen Eindruck machen, wenn er sich vom ersten Schock erholt hat. Einerseits wird sie ihm wie ein Schlaraffenland vorkommen, in dem Maschinen den Menschen die Arbeit abnehmen und doch alle Wohnraum, Essen und Kleidung im Überfluss haben, anderseits wird sie ihm Angst einflössen, weil in diesem Babylon Ordnung und Mass verloren gegangen sind. In Haus und Hof sind die Feuer verlöscht und die Tiere verbannt. Auf dem Gang vom Münsterplatz an die Peripherie wird er vergeblich nach der Stadtmauer suchen, die alles zusammenhält und begrenzt. Hört denn diese Stadt nie auf? Lärmerfüllte Strassenschluchten mit lauter Türmen, endlose Zeilen gleichförmiger Häuser, fünf Rheinbrücken und ein Labyrinth von Strassen. Und die Menschen, ein Tohuwabohu von Sprachen und Erscheinungen, ständig unterwegs, ohne Ruhe, angetrieben vom närrischen Drang, Tag und Nacht vom einen ans andere Stadtende zu hasten.

Uns Heutigen werden zwar keine Sprünge zugemutet wie dem Zeitreisenden, aber viele beschleicht das Gefühl, dass die Welt sich immer schneller dreht. Unsere Zeitrechnung legt nahe, dass wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehen. Die Basler Bevölkerung war eingeladen, den Jahreswechsel in der Sylvesternacht 1999/2000 auf dem Marktplatz zu feiern. Man wollte ein neues Jahrtausend begrüßen mit Trommeln und Pfeifen und einem eigens komponierten Marsch. Trommler und Pfeifer blieben lieber zu Hause. Hat das 21. Jahrhundert nicht längst begonnen? Die Nachkriegszeit mit dem Kalten Krieg ist seit zehn Jahren vorbei. König Markt beherrscht den Globus. Der Computer und die neuen Informationstechnologien haben ihren Siegeszug angetreten. Menschen, Waren, Informationen und Kapitalströme bewegen sich immer schneller um den Erdball. Einerseits ist die Welt zum globalen Dorf geworden, anderseits prallen Unterschiede und Gegensätze um so härter aufeinander, und aus einer Weltreise kann

Nächste Doppelseite: leicht eine Zeitreise werden.

Satellitenaufnahme der Agglomeration Basel, 2000. Die Grenzlage hat Basel im 20. Jahrhundert behindert und an





den Rand gerückt. Im 21. Jahrhundert verschwinden die nationalen Grenzen immer mehr. Wenn Austausch und Begegnung im Europa der Regionen ungehindert fliessen, rückt das Dreiländereck wieder in den Mittelpunkt der Region am Oberrhein. Baslerinnen und Basler sind Experten im Kultauraustausch; diese Chance gilt es zu nutzen. Die trinationale Agglomeration Basel muss zusammenwachsen, damit sie zu einem europäischen Knotenpunkt werden kann. Die Stadt selbst wird Magnet bleiben. Trotz Fernsehen, Mobiltelefon und Internet, trotz Einkaufscenter und Autobahnanschluss, die grüne Vorortssidylle ersetzt nicht den Genius der geschichtlich gewordenen Stadt.

Die Kernstadt, kein Ort für alle

Aus der Vogelperspektive

Wir wollen uns dem heutigen Basel aus der Vogelperspektive nähern: Die Stadt liegt wie eine grosse Spinne am Rheinknie; zwischen den ausfransenden Siedlungsarmen in den Flusstälern des Birsigs, der Birs, des Rheins und der Wiese liegen Hügelzüge mit Wiesen, Wald und Äckern. In diesem städtischen Ballungsraum sind Gemeinde-, Kantons- und Staatsgrenzen nicht zu erkennen. Das Zentrum ist baulich mit den vielen dicht besiedelten Umlandgemeinden in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich verbunden, die mit ihren Pendlerströmen auf die Mitte ausgerichtet sind. Dieses Zentrum, diese Kernstadt besteht aus dem Kanton Basel-Stadt. Zusammen mit den Umlandgemeinden bildet der Stadtkanton die Agglomeration Basel. Ihre Siedlungsfläche breitet sich stetig aus, schneller als die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitsstätten wachsen. Pro Person hat der Wohnflächenbedarf allein zwischen 1980 und 1990 von 34 auf 39 Quadratmeter zugenommen. Diese Tendenz gilt für alle Agglomerationen in der Schweiz. Der Siedlungsteppich Schweiz deckt jede Sekunde einen Quadratmeter zu.

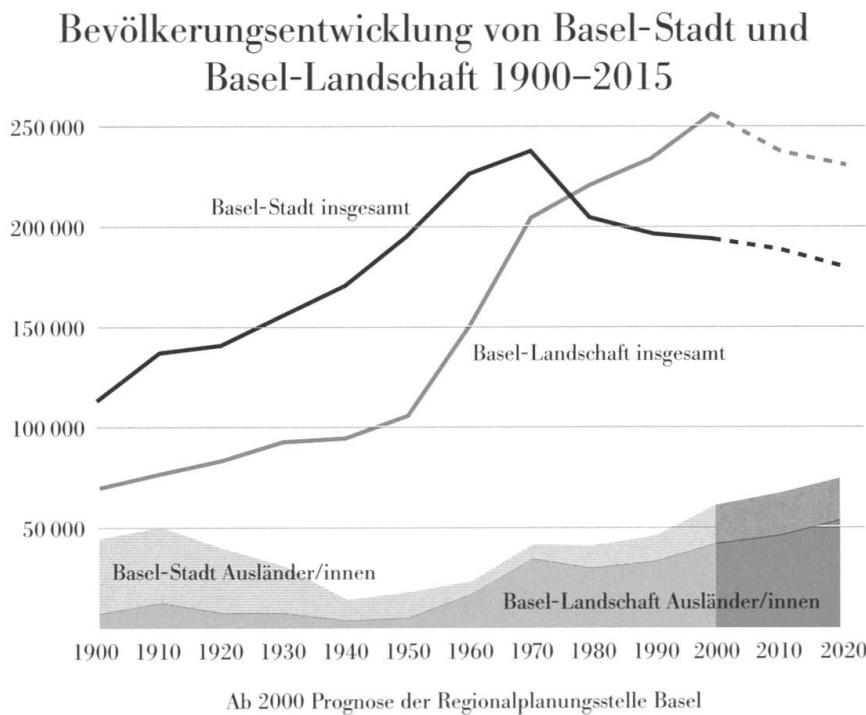
Von der Landflucht zur Stadtflucht

Wie hat sich die Kernstadt im zu Ende gegangenen Jahrhundert entwickelt? Zwischen 1900 und 1960 verhalf die Landflucht Basel-Stadt zu einer Verdoppelung der Bevölkerung von 112 200 auf 225 600. Bis in die 50er Jahre übertraf das Wachstum den Schweizer Landesdurchschnitt; damals baute eine Wohnbaugenossenschaft in der 'Entenweid' beim Kannenfeldplatz die ersten 'Wolkenkratzer'. Den Höchststand erreichte der Kanton 1969 mit 236 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Seit Kriegsende

hatte sich der Bestand an Motorfahrzeugen auf über 50 000 verzehnfacht. Für die Jahrtausendwende erwarteten die Prognostiker damals einen weiteren Bevölkerungsanstieg auf 300 000 Personen. In der Wachstumseuphorie plante Basel den Bau einer Tiefbahn. Es kam anders.

Noch im Jahr 1969 scheiterte die Wiedervereinigung der beiden Basel. In den 70er Jahren schrumpfte die Bevölkerung um 13%, und die Stimmung schlug endgültig um. Der Rückgang schwächte sich später ab, liess sich aber bis heute nicht aufhalten: Im Jahr 2000 ist die Bevölkerungszahl auf das Niveau von 1948 abgesunken. Die Regionalplanungsstelle rechnet mit einem weiteren Krebsgang. Dieses Schicksal teilt Basel mit

Bern und Zürich; alle drei Städte haben seit 1970 mehr als einen Fünftel ihrer Bewohnerinnen und Bewohner verloren. 1998 fiel Basel in der Rangordnung der grossen Schweizer Städte hinter das fast gleich gross gebliebene Genf auf Rang drei zurück, und



der Chefredaktor der *Basler Zeitung* stimmte das Klagelied vom ‘(un)aufhaltsamen Niedergang’ der Stadt an. Mit den meisten Grossstädten steht Basel-Stadt im Gegensatz zur nationalen Tendenz und vor allem zum Wachstumskanton Basel-Landschaft, dessen Bevölkerung sich allein zwischen 1950 und 1970 verdoppelt hat. Seit 1974 zählt der Landkanton mehr Menschen als der Stadtkanton: die Landflucht ist in Stadtflucht umgeschlagen. Neben der Abwanderung ist eine zweite Ursache für den Bevölkerungsschwund verantwortlich: der als ‘Pillenknick’ bekannt gewordene Einbruch der Geburtenrate Mitte der 60er Jahre, der Übergang von der kinderreichen Generation der ‘Babyboomer’ zur kinderarmen Wohlstandsgeneration. Die jungen Menschen gehen länger zur Schule. Eine Familie gründen sie häufig erst nach einer Zwischenphase als Single oder in

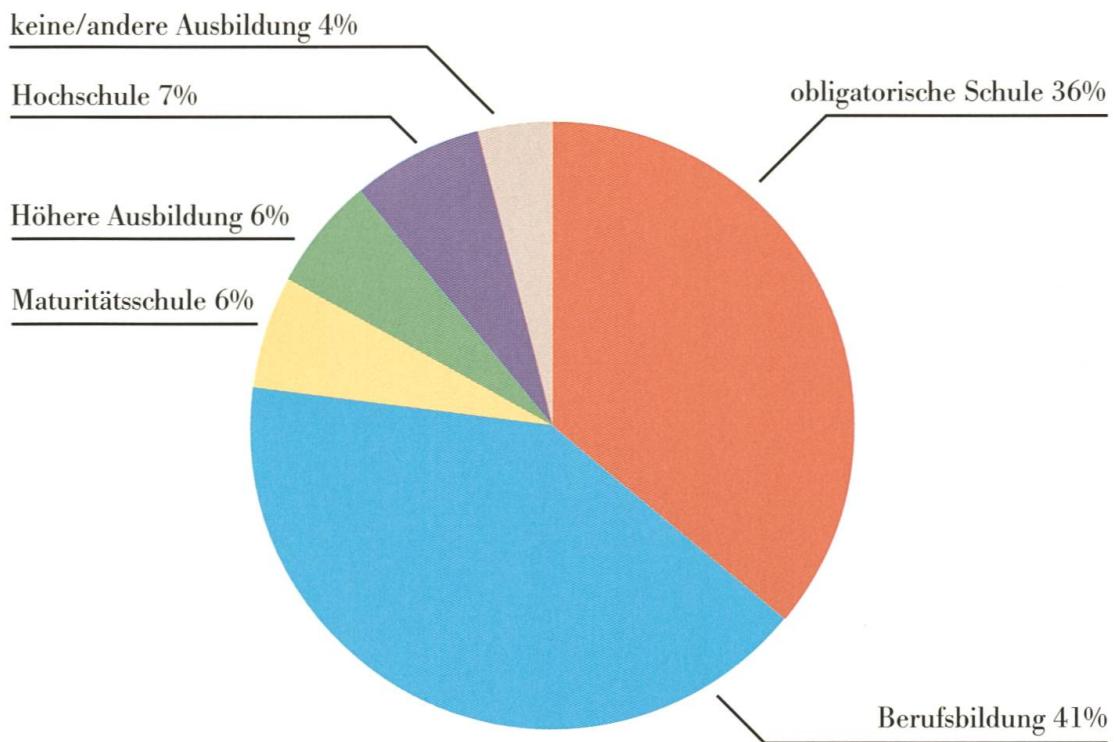
einer Partnerschaft ohne Ehe. Wenn Frauen ihr erstes Kind bekommen, sind sie älter als früher. Die überdurchschnittliche Zunahme kinderloser Frauen in der Schweiz hat ihre Ursachen im steigenden Bildungsniveau und in den verbesserten Berufschancen der Frauen einerseits und in den Lücken der staatlichen Familienförderung anderseits.

Haushaltstypen in den beiden Basel 1980 und 1990

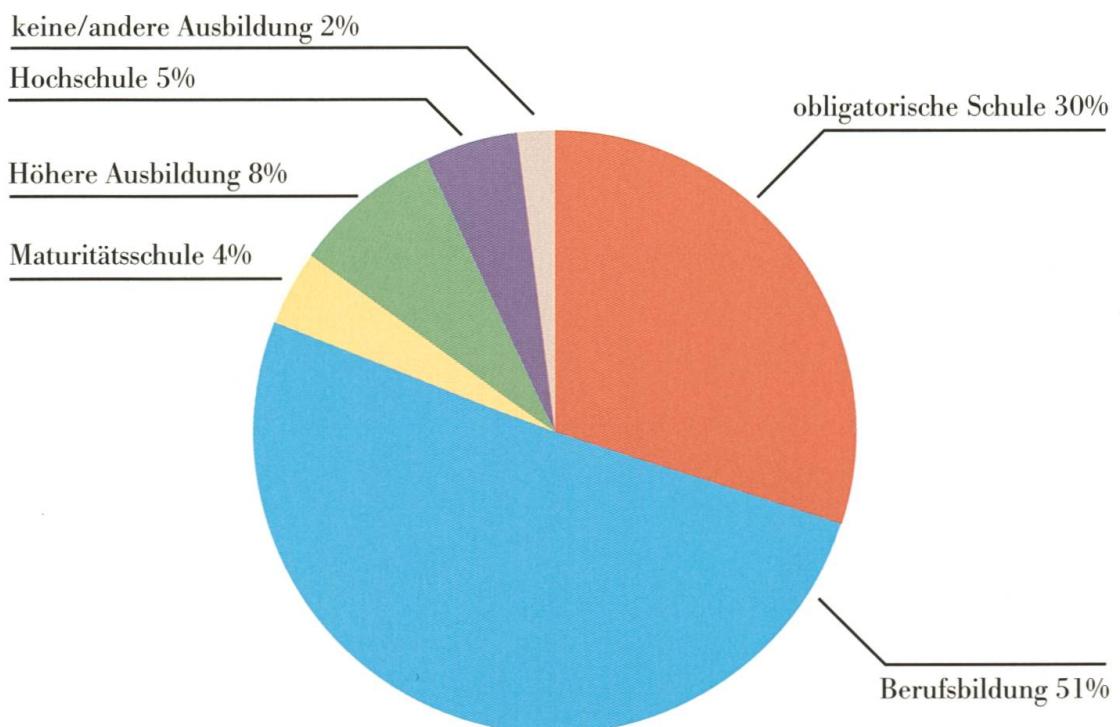
	Basel-Stadt 1980	Basel-Stadt 1990	Basel-Landschaft 1980	Basel-Landschaft 1990
Wohngemeinschaften	4 999	5 114	4 030	2 877
Alleinerziehende	4 742	4 627	4 534	5 514
unverheiratete Paare mit Kindern	425	766	363	964
Ehepaare mit Kindern	21 662	17 712	36 924	34 206
unverheiratete Paare ohne Kinder	2 544	4 119	1 652	4 367
Ehepaare ohne Kinder	22 479	22 377	20 015	25 574
Einzelpersonen ('Singles')	40 839	45 211	19 202	27 492
Haushalte insgesamt	97 590	99 926	86 720	100 994

Die Bevölkerungsverlagerung der 70er und 80er Jahre wird als 'Suburbanisierung' bezeichnet. Die Bodenpreise in der City konnten sich nur noch Dienstleistungsbetriebe leisten. Viele Familien zogen in die Vororte (englisch *suburbs*) des Agglomerationsrings, nach Allschwil, Binningen, Muttenz, Pratteln. Später verlagerte sich das Wachstum in den äusseren Ring: Bottmingen, Oberwil, Arlesheim, Füllinsdorf wuchsen zum wohlhabenden Speckgürtel heran. Wohnung, Arbeit, Einkauf, Erholung sind räumlich getrennt: die Motorisierung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs machten es möglich. Im Agglomerationsgürtel fanden Familien mit Kindern und Besserverdienende ein ruhiges, grünes und kindgerechtes Wohnumfeld, eine grössere Wohnung oder ein Eigenheim zu erschwinglichen Preisen und hatten erst noch weniger Steuern zu zahlen. Ein weiterer Grund für die Verlagerung liegt im steigenden Bedarf an Wohnfläche: Ältere bleiben länger in der angestammten Wohnung. Jüngere experimentieren mit neuen Wohnformen, leben als Single, heiraten weniger und trennen sich häufiger. Der Anteil der Einpersonenhaushalte hat sich zwischen 1960 und 1990 auf 45% verdoppelt: Wohnnende werden durch Wohnende verdrängt. Die gleiche Anzahl Personen, die 1948 in 62 000 Wohnungen Platz fand, ist heute in 104 000 Wohnungen untergebracht. Mit der 60-prozentigen Wohnungsvermehrung konnte Basel-Stadt gerade den Bevölkerungsstand halten.

Höchste abgeschlossene Ausbildung der Bevölkerung (über 15 Jahre)



Basel-Stadt 1990

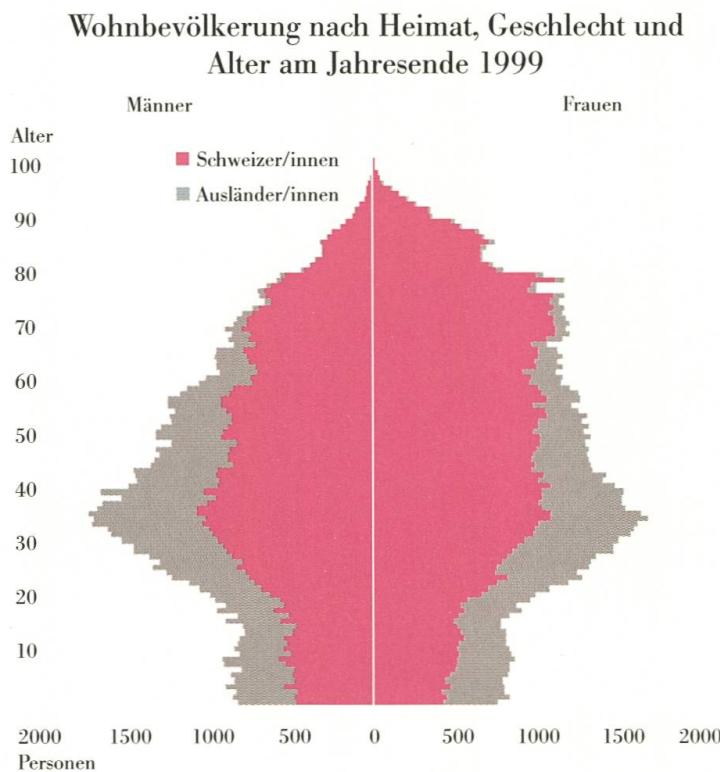


Basel-Landschaft 1990

Die Bevölkerung der Kernstadt

Wie hat sich die Bevölkerungsstruktur der Kernstadt verändert? Der Anteil der über 65-Jährigen ist seit den 60er Jahren von rund 10% auf 20% gestiegen. Dafür ist nicht nur die Abwanderung der Jüngeren verantwortlich, sondern auch die höhere Lebenserwartung. Entsprechend vermindert hat sich der Anteil der Erwerbstätigen, welche die gesellschaftlichen Gesamtkosten erwirtschaften müssen: Drei Angehörige der aktiven Generation (von 20 bis 65) müssen für eine betagte Person aufkommen; 1960 waren es

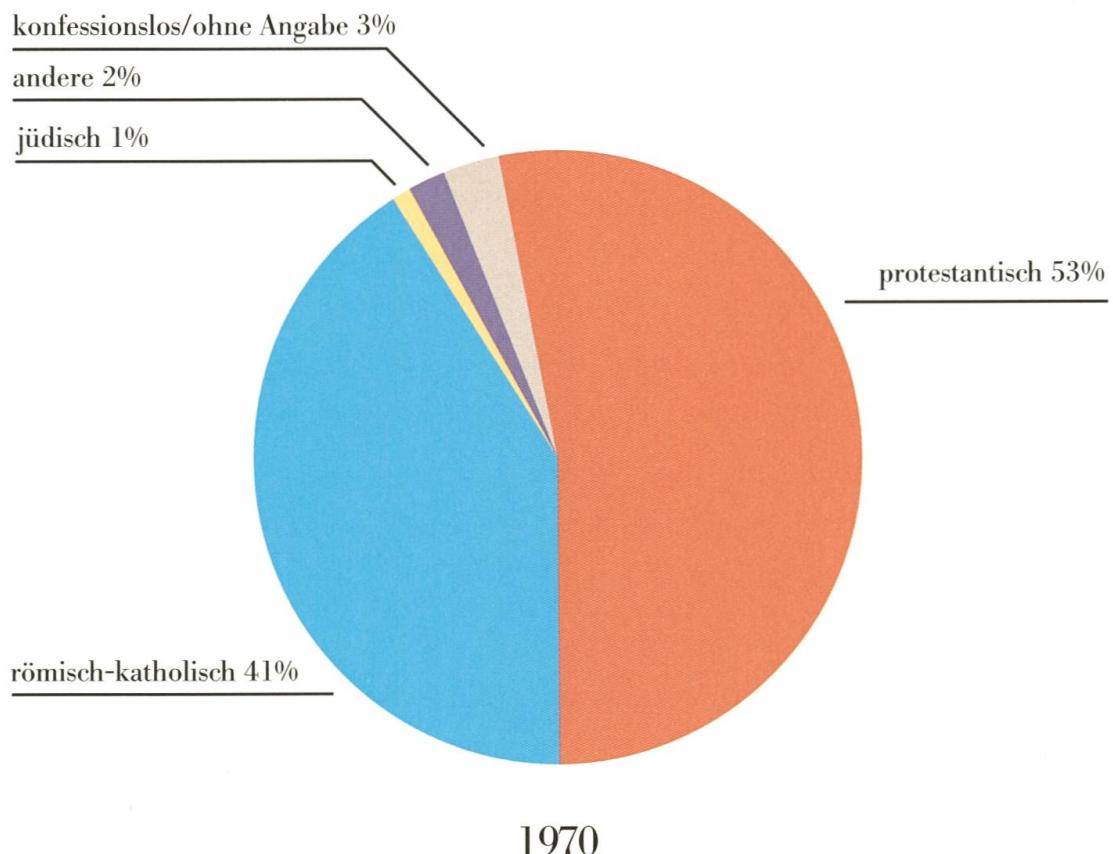
noch dreizehn. In Basel-Stadt ist die Alterung der Bevölkerung weiter vorangeschritten als in den übrigen Kantonen, aber die Bevölkerungsszenarien zeigen, dass sich die Unterschiede später wieder ausgleichen. Einerseits verursacht die Veränderung Probleme bei den Sozialversicherungen, anderseits erlaubt sie vielen ein langes Leben, das auch im fortgeschrittenen Alter noch vielfältige Aktivitäten zulässt. Der Seniorenanteil der ausländi-



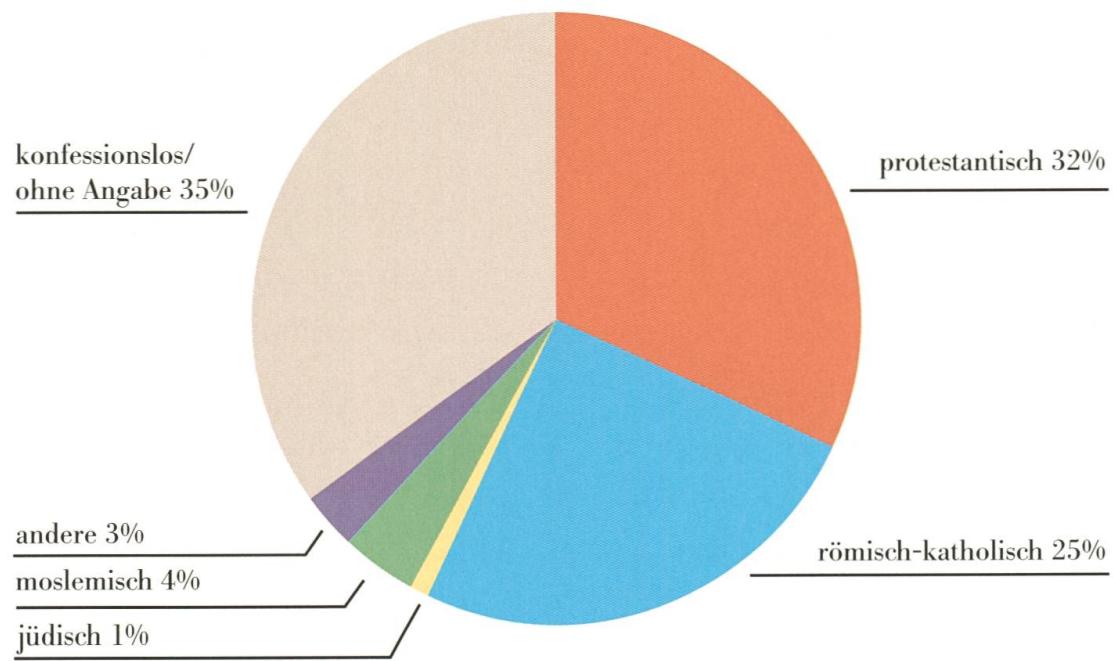
schen Bevölkerung liegt bloss bei 4%, weil ein Teil der Niedergelassenen in die Heimat zurückgekehrt ist oder das Schweizer Bürgerrecht erworben hat. Wegen der höheren Geburtenziffer erreicht der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 14 hingegen 20%: Die ausländische Bevölkerung ist viel jünger als die schweizerische.

Seinen Höchststand hat der Anteil der ausländischen Bevölkerung mit 40% um 1900 erreicht. Von diesen Menschen hatten über drei Viertel einen deutschen Pass, darunter damals auch die Elsässerinnen und Elsässer. Die Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise drückten den Anteil bis 1960 auf wenige Prozente. In den 60er Jahren, als viele Arbeitskräfte nach Basel geholt wurden, verdoppelte sich der Anteil. Seither folgt die Einwanderung dem Konjunkturverlauf: Der Ausländeranteil liegt heute bei 27,5% und ist etwa gleich hoch wie in Zürich. Lausanne und Genf sind mit einem Drittel res-

Wohnbevölkerung in Basel-Stadt nach Konfessionen



1970



1990

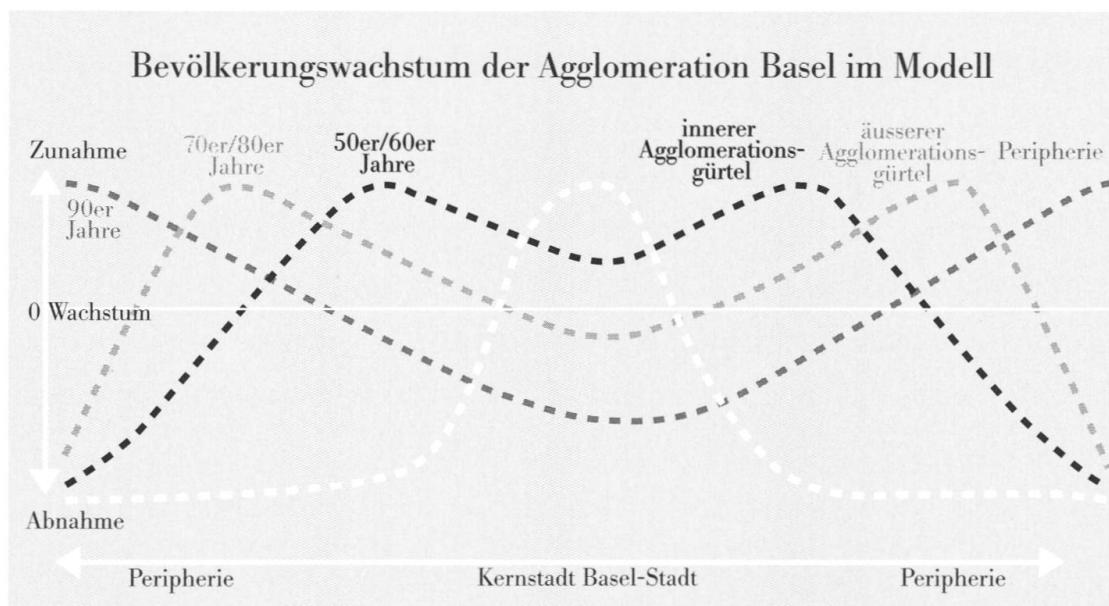
pektive 40% weit internationaler. Wegen des Rückgangs der schweizerischen Bevölkerung im Kanton erwarten die Statistiker für 2015 einen Ausländeranteil von 36%.

In der Kernstadt gibt es kaum noch Mehrheiten. Die Einkommen der natürlichen Personen und das Ausbildungsniveau sind von extremen Gegensätzen geprägt. In der Statistik der religiösen Bekenntnisse dominieren die Konfessionslosen. Die ehemalige evangelisch-reformierte Mehrheit hat sich auf einen Dritt der Gesamtbevölkerung reduziert, seit 1960 ist die Mitgliederzahl auf die Hälfte geschrumpft. Die katholische Kirche von Basel hat sich in ihrer 200-jährigen Geschichte zur gleichberechtigten Partnerin entwickelt, aber auch sie kann sich dem Trend zum Kirchenaustritt nicht entziehen. Fast gleich alt ist die kleine israelitische Gemeinde. Wegen der herrschenden Intoleranz war es den Jüdinnen und Juden 1501 verboten, sich in der Stadt niederzulassen. Damals hätte man sich erst recht nicht vorstellen können, dass in Basel dereinst über 8000 Muslime leben würden.

Durchschnittswerte haben wenig Aussagekraft, weil die Stadtviertel wenig Gemeinsamkeiten haben: Wie die Agglomeration, so ‘entmischt’ sich auch die Kernstadt. Die Experten sprechen von sozial-räumlicher Segregation. Von innen nach aussen lassen sich vier verschiedene Quartiertypen unterscheiden: In den teuren Wohnungen der Innenstadt leben junge, gut ausgebildete Schweizerinnen und Schweizer, zum Beispiel Doppelverdiener ohne Kinder, sogenannte ‘Dinks’ (*double income, no kids*). In diesem Stadtteil ohne Grünflächen dominieren Einpersonenhaushalte. Die angrenzenden Quartiere, Vorstädte, Ring, Breite, Gotthelf, Iselin, Wettstein, sind eine Mischung der im folgenden dargestellten gegensätzlichen Typen drei und vier. Die Lebensqualität in Gundeldingen und in den alten Arbeitervierteln im Norden der Stadt wird durch Industrie, Gewerbe und Durchgangsverkehr beeinträchtigt. In den preisgünstigen Wohnungen leben viele Ausländerinnen und Ausländer. Ihr Anteil beträgt im Matthäus-Quartier 50%. Den Immigranten aus der Türkei und aus dem Balkan verdankt die Tramlinie 14 ihre scherzhafte Bezeichnung ‘Orientexpress’. Mehr als drei Dutzend türkische Restaurants, Metzger, Bäcker und Textilhändler prägen das Strassenbild. In den Schulen bilden Schweizer Kinder eine Minderheit. Am Rand der Stadt liegen die gehobenen Mittelstandsquartiere des vierten Typs für Familien mit überdurchschnittlichem Einkommen und hohem Bildungsniveau: das Bruderholz mit einem Ausländeranteil von bloss 11%, grösstenteils gesellschaftlich integrierte höhere Angestellte, das stark überalte St. Alban, Bachletten, Hirzbrunnen und die Landgemeinde Riehen.

Lasten der Kernstadt

Wegen der Abwanderung von Familien mit Kindern bleiben überdurchschnittlich viele Menschen in der Stadt zurück, die auf den hohen öffentlichen Leistungsstandard angewiesen sind. Die Ökonomen sprechen etwas abschätzig von 'A-Gruppen': Alte, Ausländer, Auszubildende, Alleinerziehende, Asylbewerber, Arme, Drogen-Abhängige nehmen besondere medizinische und soziale Betreuung, Pflege und Schulung in Anspruch. Obwohl die Arbeitslosigkeit zurückgeht, beziehen immer mehr Menschen Sozialhilfe. Von den rund 10 000 Unterstützten sind 40% in Not geraten, weil sie keine Arbeit finden und von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, 20%, weil sie zu den *working poor* gehören und ihr Arbeitseinkommen die Lebenshaltung nicht deckt, und 14%, weil sie alleinerziehend sind. 1999 stieg der Aufwandüberschuss erstmals über



100 Millionen Franken. Wegen der steigenden Kosten bei gleichzeitiger Erosion der Steuerbasis geraten die städtischen Finanzen unter Druck. Die hohe Steuerlast mindert die Attraktivität der Stadt als Wohnort für gut Verdienende.

Noch verheerender wirkt sich aus, dass viele Weggezogene ihren Arbeitsplatz in der Stadt behalten. Sie pendeln täglich, haben mehr Autos und benutzen sie häufiger. Weil für sie neue und leistungsfähigere Straßen gebaut werden, gehen die Fahrzeiten für Pendler zurück, was seinerseits die Abwanderung verstärkt. Die Zurückgebliebenen werden also mit steigender Steuer- und Umweltbelastung bestraft. Die Pendler müssen die städtischen Leistungen, die sie weiterhin in Anspruch nehmen, nicht mehr bezahlen, weil die Einkommens- und Vermögenssteuer ausschliesslich am Wohnort geschul-

det werden. Gerechter wäre eine grundsätzliche Aufteilung des Steueraufkommens auf beide Gemeinden. Eine entsprechende Regelung gilt bereits für Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Die Quellensteuer von 4,5%, die ihnen vom Arbeitseinkommen abgezogen wird, können sie von ihrer Steuerrechnung in Frankreich oder Deutschland absetzen. Basel-Stadt profitiert jährlich mit 85 Millionen Franken. Eine weitere finanzielle Benachteiligung der Kernstädte ergibt sich aus dem Finanzausgleich zwischen den Kantonen. Begünstigt werden gemäss Artikel 125 der Bundesverfassung die Berggebiete. Mit seinem vergleichsweise hohen Steueraufkommen ist Basel-Stadt Nettozahler und benachteiligt, weil die hohen Zentrumslasten nicht in die Rechnung einbezogen werden.

Droht der Stadtzerfall?

Seit den 90er Jahren ist eine neue Entwicklung im Gang, die 'Desurbanisierung' oder Entstädterung. Die Vororte im Agglomerationsgürtel erleiden das gleiche Schicksal wie die Kernstadt: Die Bevölkerung stagniert, wird älter, und der Ausländeranteil steigt. Das Wachstum und die hohen Geburtenziffern verlagern sich in die ländlichen Gemeinden an der Peripherie, etwa in den Bezirken Sissach, Waldenburg, Laufental: Hier gibt es noch günstiges Bauland im Grünen und bei hoher Umweltqualität. Die bevorzugten Gemeinden bezahlen einen hohen Preis: Zersiedelung, Zerstörung der ländlichen Dorfbilder, Kosten für Landerschliessung und den Ausbau der Infrastruktur. Die anschwellenden Pendlerströme schwächen das Zentrum zusätzlich.

Die Suburbanisierung und Desurbanisierung der Agglomeration Basel schaffen ein Bündel von Problemen, die sich in Teufelskreisen verfangen und die unerwünschte Entwicklung verstärken. Die Kernstadt gerät unter Druck, weil Familien mit Kindern ausziehen und die öffentlichen Ausgaben trotz dahinschmelzender Steuerbasis gleich bleiben oder sogar ansteigen. In der Agglomeration 'entmischen' sich Generationen und soziale Milieus. Kleinstädte, Dörfer an der Peripherie werden zersiedelt; der wachsende Pendlerverkehr belastet die Umwelt und macht die Kernstadt unwirtlich. Die Agglomeration Basel ist kein Sonderfall, zwei Drittel der Bevölkerung in der Schweiz leben heute in Agglomerationen mit vergleichbaren Problemen. Der weltweite Städtezerfall mit verödeten Zentren lässt sich an drastischen Beispielen wie Washington oder Los Angeles studieren.

Stadtentwicklung

Die Kernstadt, kein Ort für alle: Familien ziehen aufs Land, Generationen und soziale Milieus ‘entmischen’ sich. Stadtentwicklung ist der Versuch von Bürgerinnen und Bürgern, die ungewollte und verhängnisvolle Dynamik zwischen Kernstadt und Agglomeration zum Wohl der Gesamtheit in bessere Bahnen zu lenken. Nachbarschaftsgruppen kämpfen für die Wohnqualität in ihrer Strasse. Engagierte Stadtbewohnerinnen und -bewohner fördern den kulturellen Austausch in eigens gegründeten Quartierzentren. Politikerinnen und Politiker treten für eine umfassende ‘Reurbanisierung’ ein. Sie gehen davon aus, dass eine lebendige Stadt nie fertig gebaut ist. Bestehendes soll erneuert, Neues hinzugefügt werden. Dazu eignen sich vor allem die ausgedehnten, schlecht genutzten Industrie- und Bahnareale, zum Beispiel das frei gewordene Rangiergelände der Deutschen Bahn im Kleinbasel. Alle Entwicklungsversuche müssen demokratisch unter Einbezug der Betroffenen beschlossen werden und sich nach gemeinsamen Grundwerten ausrichten. Anerkannte Grundwerte sind die sogenannte Nachhaltigkeit und die gesellschaftliche Integration aller sozialen Gruppen. Ziel der Entwicklung ist die lebenswerte, wettbewerbsfähige Stadt, die auch Familien mit Kindern attraktiven Wohnraum bietet.

Nachhaltige Entwicklung

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt aus der Forstwirtschaft und bedeutet ursprünglich, dass nur so viel Bäume geschlagen werden dürfen, als nachwachsen können. Eine Entwicklung ist nachhaltig, wenn sie den gegenwärtigen Bedürfnissen dient und die Lebensgrundlagen für Mensch, Tier und Pflanzen erhält, wenn den kommenden Generationen also zumindest dieselben Lebenschancen hinterlassen werden wie uns. Die ‘Agenda 21’ des Umweltgipfels von Rio de Janeiro 1992 forderte die Städte und Gemeinden der Welt zur nachhaltigen Entwicklung auf. Die neue Bundesverfassung 2000 erklärt die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zum Staatszweck und die Nachhaltigkeit zum Entwicklungsprinzip. In einem umfassenden Sinn bedeutet Nachhaltigkeit die Erhaltung einer Welt, die den ökologischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

Die Schattenseiten des Wirtschaftswunders – Belastungen durch Verkehr und Industrie, die Zersiedelung der Landschaft, die Risiken der nuklearen Grosstechnologie – waren im städtischen Lebensraum schon früh erkennbar. Das zeigte sich 1975, als

fast die gesamte Bevölkerung der Region mit den Besetzern des AKW-Bauplatzes von Kaiseraugst sympathisierte. Der konsequente und parteiübergreifende Widerstand konnte nicht übergangen werden, und die Auseinandersetzung endete 1988 mit dem Verzicht auf das Kernkraftwerk und mit der Entschädigung der Bauherrschaft. Als Fa-



Das Gelände für das geplante Atomkraftwerk in Kaiseraugst wird 1975 besetzt.

wasser rot verfärbte und vergiftete Rhein demonstrierten die Verletzlichkeit von Leben und Umwelt. Basel-Stadt ist ein Vorreiter in ökologischen Fragen, das zeigt sich im Lebensstil und an der Urne. Während in Basel-Landschaft auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner 451 Personenwagen registriert sind, hat der Stadtkanton mit 321 den tiefsten Wert aller Kantone.

Eine Pionierleistung war die Einführung des populären Umweltabonnements für den Tarifverbund Nordwestschweiz im Jahre 1987. Die Mobilität wird als Faktor des Wohlstands anerkannt, aber sie muss mit der Umwelt versöhnt werden. Wesentlich schwieriger gestaltet sich der Aufbau eines S-Bahn-Netzes, das die entgegengesetzten Ränder der Region über die Kernstadt miteinander verbinden soll. Pendlerinnen und Pendler dies- und jenseits der Grenze sollen motiviert werden, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Die S-Bahn, und das macht sie besonders ökonomisch, verkehrt auf bestehenden Gleisstrassen und macht das Umsteigen überflüssig.

Wachsende Müllhalden kennzeichnen die Konsumgesellschaft. Zu Beginn der 80er Jahre lieferte die Bevölkerung von Riehen 350 Kilogramm Abfall pro Kopf und Jahr in die Kehrichtverbrennung. Nach Einführung der Sackgebühr konnte diese Menge auf 180 Kilogramm reduziert werden. Auch bei der Abfallbewirtschaftung gelten die Grundsätze des Umweltschutzes: Gemäss dem Vorsorgeprinzip werden möglichst wenig

nal wirkte die *Sandoz*-Brandkatastrophe von Schweizerhalle in der Nacht auf den 1. November 1986. Die Flammenwand am Nachthimmel, der ätzende Geruch in der Stadt und der vom Lösch-

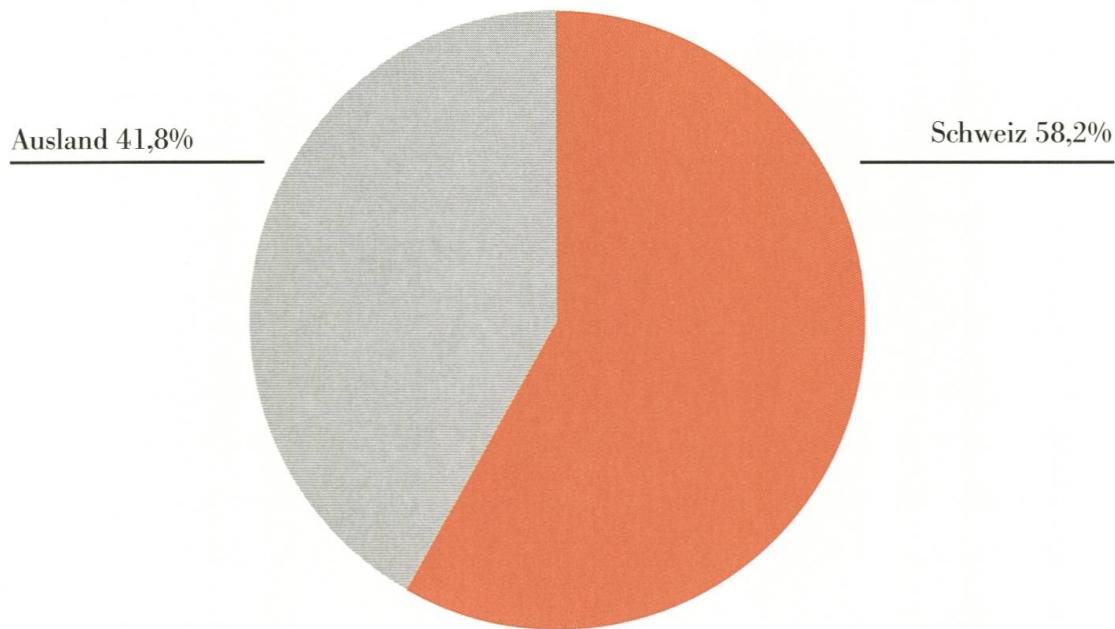
Schadstoffe produziert. Bei der Reduktion des Mülls suchen die Produzenten in eigener Verantwortung nach Lösungen, zum Beispiel, indem sie ein Flaschenpfand erheben oder weniger Verpackungsmaterialien verwenden. Die Abfallgebühr folgt dem Verursacherprinzip: Wer weniger Abfall produziert und die wiederverwertbaren Stoffe wie Glas, Papier, Metall, Textilien aussondert, spart Kosten. Schliesslich verpufft die Wärme aus der Kehrichtverbrennung nicht nutzlos, sie wird für das weitverzweigte Fernheizungsnetz genutzt und hilft Energie sparen.

Integration von Migrantinnen und Migranten

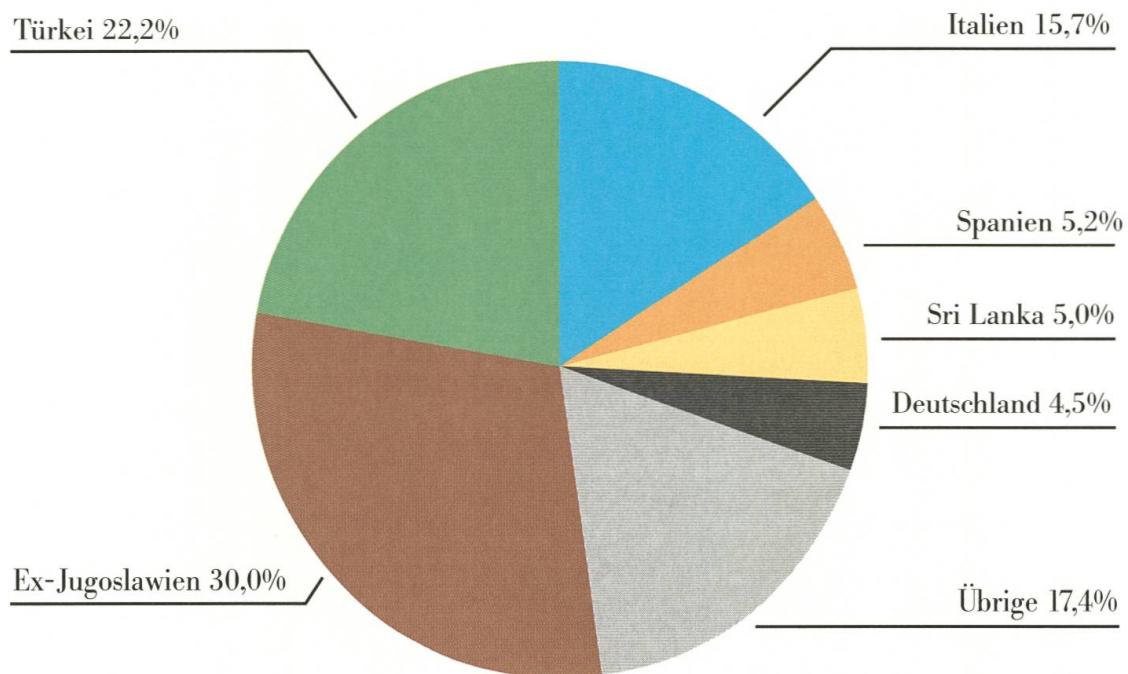
Nicht alle Schweizerinnen und Schweizer können am steigenden Wohlstand teilhaben. Beruflich und sozial Benachteiligte fühlen sich zum Teil isoliert und von der anderssprachigen Bevölkerung im Wohnviertel, am Arbeitsplatz und in der Schule bedroht und um ihre kümmerlichen Privilegien gebracht. Eine wachsende Fremdenfeindlichkeit manifestierte sich nach 1965 in einer Schwemme von Überfremdungsinitiativen. Die Schwarzenbach-Initiative von 1970, die eine Reduktion der ausländischen Bevölkerung auf 10% zum Ziel hatte, scheiterte nur knapp und bei einer Stimmabstimmung von 74%. In Basel-Stadt lag die Zustimmung mit 46,7% leicht über dem Landes-Durchschnitt. An die 'klassischen', italienischen und spanischen Fremdarbeiter und ihre Familien hat man sich längst gewöhnt. Italienische Gastronomie und italienisches Design liegen im Trend. Ängste lösen heute die Fremden aus weiter entfernten Ländern aus, Menschen aus Kosovo oder aus den Kurdengebieten der Türkei etwa. Sie kommen in den meisten Fällen als politische Flüchtlinge in die Region. Die fremdenfeindliche Initiative gegen illegale Einwanderung von 1996 wurde von 46,3% der Stimmenden unterstützt; in Basel waren es bloss 40,6%. Die Rechnung der Initianten – mehr Fremde gleich mehr Fremdenangst – geht nicht auf.

Voraussetzung für die Integration der Migrantinnen und Migranten in die städtische Gesellschaft ist die Korrektur des Zerrbilds, das sich viele vom Ausländer und von der Ausländerin machen. Dazu gehört der Ausdruck 'Gastarbeiter': Zum einen beschönigt er das Verhältnis zum aufnehmenden Land, zum andern täuscht er einen befristeten Aufenthalt vor und hält an der Fiktion einer homogenen Bevölkerung fest. Die meisten Gäste sind geblieben, haben sich niedergelassen, gehen einer geregelten Arbeit nach, zahlen Steuern wie die Schweizer Einwohner. Um es mit dem Soziologen Georg Simmel zu sagen: «Der Fremde ist der Wandernde, der heute kommt und morgen bleibt.»

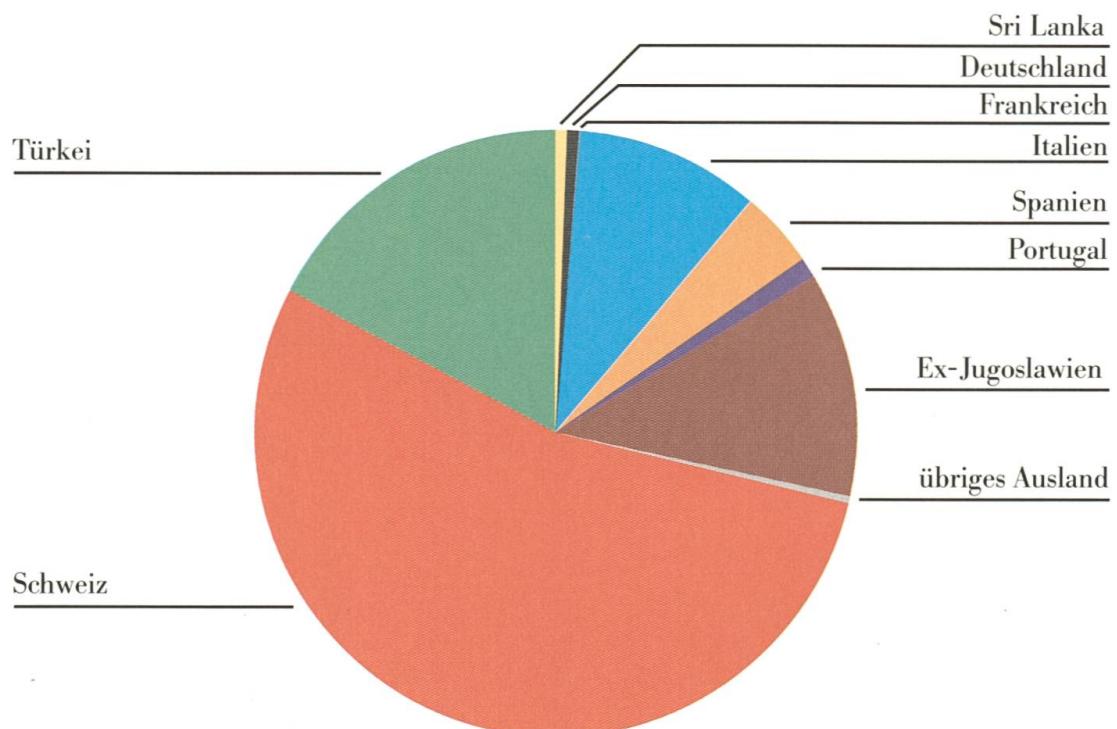
Lebendgeborene in Basel-Stadt nach Heimat 1998
(Total 1789)



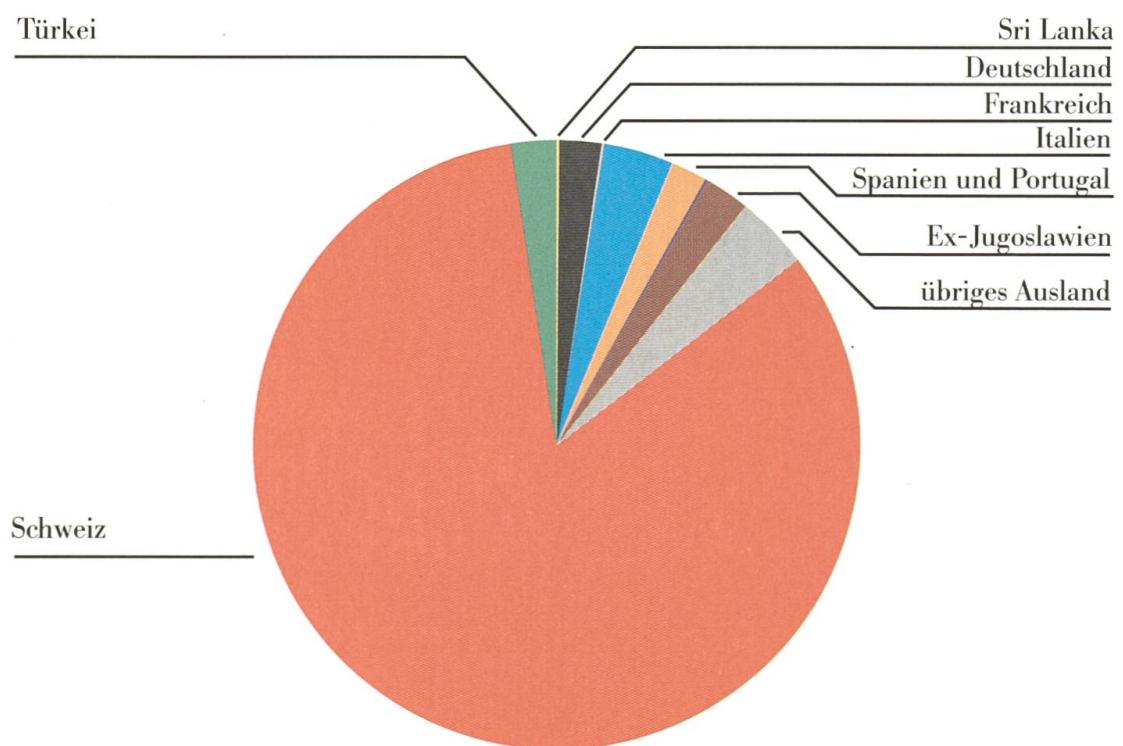
Lebendgeborene Ausländer/innen in Basel-Stadt 1998
(Total 747)



Schüler/innen in Basel-Stadt nach Heimat 1998



Weiterbildungsschule: 2315 Schüler/innen



Gymnasien: 2860 Schüler/innen

Über die Hälfte der ausländischen Personen in der Schweiz lebt seit mehr als 15 Jahren hier, ein Drittel ist in der Schweiz geboren oder seit mindestens 30 Jahren hier. Rund die Hälfte stammt aus EU-Staaten. Obschon in den letzten Jahren angestiegen, ist die Einbürgerungsrate in der Schweiz mit 1,3% im europäischen Vergleich tief. Sie liegt in Deutschland bei 1,9%, in den Niederlanden bei 4%. Einbürgerungswillige müssen seit mindestens 12 Jahren ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, und das Verfahren ist langwierig. In einigen Schweizer Gemeinden sind in letzter Zeit auch Kandidatinnen und Kandidaten zurückgewiesen worden, bloss weil sie aus dem 'falschen' Land stammen. 382 ausländische Personen sind 1999 in Basel eingebürgert worden, 116 mit türkischer, 93 mit italienischer Abstammung, 90 aus dem ehemaligen Jugoslawien. Der Schnitt der 90er Jahre lag bei 422 Einbürgerungen.

Im Vergleich zur Schweizer Bevölkerung üben ausländische Personen viel häufiger unqualifizierte Berufe aus, ihr Anteil unter den Arbeitslosen ist dreimal so hoch, und sie beziehen durchschnittlich doppelt soviel Sozialhilfe. Neu Zugezogene finden sich häufig am untersten Ende der sozialen Rangordnung. Bei Frauen aus dem Ausland kumulieren sich die Nachteile der Herkunft und des Geschlechts.

Die Integration der ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner ist für Basel-Stadt eine Überlebensfrage. Deshalb hat der Regierungsrat 1999 ein entsprechendes Leitbild veröffentlicht. Ohne Migrantinnen und Migranten wäre Basels Bevölkerung erheblich älter, der Bevölkerungsrückgang wäre dramatisch, der Wohlstand gefährdet, weil viele Arbeitskräfte fehlen würden. In Basel-Stadt haben Schweizerinnen durchschnittlich 1,2 Kinder, Ausländerinnen 1,8. 42% der Neugeborenen sind ausländischer Herkunft, bei Kindern und Jugendlichen bis 14 sind es 45%. Ihr beruflicher und sozialer Aufstieg macht Basel reich. Ohne Integration drohen soziale Spannungen und Fremdenhass. Auch der weltweite Migrationsdruck lässt uns keine Wahl.

Ein erster Schritt zur Gleichstellung beginnt mit besserer Information: Quartierssekretariate bieten Beratung, Zugang zu Institutionen, Vermittlung in Nachbarschaftskonflikten und Kontakt zwischen Gruppen und Vereinen. Als nächstes werden jene strukturellen Schranken beseitigt, die den Zugang zur Ausbildung und zum Arbeits- respektive Wohnungsmarkt behindern. Zusätzlich werden Mittel bereitgestellt zur Förderung der Sprachkompetenz und der Berufsbildung. Fernziel ist die politische Integration, das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Die Einbürgerung als Alternative hat für Angehörige der EU an Attraktivität verloren. In den Kantonen Jura

und Neuenburg ist das Ausländer-Stimmrecht verwirklicht, im französischen und deutschen Teil der Region besteht es für Bürger und Bürgerinnen aus EU-Staaten bei Kommunalwahlen. In Basel-Stadt ist ein erster Versuch 1994 gescheitert. Neu ist der Vorschlag, ein Stadtpräsidium zu schaffen. Die von der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung gewählte Person könnte als gemeinsame Identifikationsfigur dienen.

Zwei Grundsätze heben die neue Integrationspolitik von bisherigen Bemühungen ab: Es geht um einen gegenseitigen Prozess, nicht bloss um Assimilation, um eineseitige Anpassung der Fremden also. Diese sollen vielmehr ihre kulturelle Identität einbringen, nicht preisgeben. Ihre Integration soll weniger von den Defiziten ausgehen als von ihren Stärken, von ihrer Erfahrung, ihren Fähigkeiten und ihrer Mehrsprachigkeit. Einmal in Basel verwurzelt, dienen die Vertreterinnen und Vertreter aus über 150 Ländern als Brückenköpfe für eine weltweite Kommunikation.

Lässt sich die Stadt gestalten?

Das 1997 initiierte Projekt 'Werkstadt Basel' ist ein Versuch, die Stadt im Einklang mit den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und der Integration zu entwickeln. Die Abwanderung soll gestoppt und die Lebens- und Wohnqualität gesteigert werden. Diese Aufgaben hatte sich der Regierungsrat schon 1975 gestellt in seinen Hauptzielen eines Stadtkantons. Mit wenig Erfolg. Neu und vielversprechend ist der Versuch, Quartierorganisationen und die Bevölkerung am Prozess zu beteiligen. In 38 'Innovationswerkstätten' haben gegen 1000 Personen über 400 Projektideen gesammelt. Daraus haben 25 moderierte 'Konsenskonferenzen' unter zusätzlicher Beteiligung von Interessenverbänden und Fachleuten aus der Verwaltung und nach intensiven Verhandlungen konsensfähige Pakete geschnürt. Das methodische Vorbild geben die mehrfach erprobten Zukunftswerkstätten des Zukunftsforschers Robert Jungk ab. Im Unterschied zu den konventionellen direktdemokratischen Verfahren wird die Bevölkerung mit den relevanten Gruppen nicht nur bei der Entscheidung, sondern schon bei der Lösungssuche einbezogen. Regierung und Verwaltung geben einen Teil ihres Gestaltungsspielraums ab und müssen dafür zwischen unterschiedlichen Ansprüchen vermitteln. Dem Grossen Rat schliesslich bleibt die Genehmigung des Globalkredits, wenn die Kompromisse gefunden sind. Deshalb muss auch nicht nachträglich für die Akzeptanz der Lösungen geworben werden. Die neue Partizi-

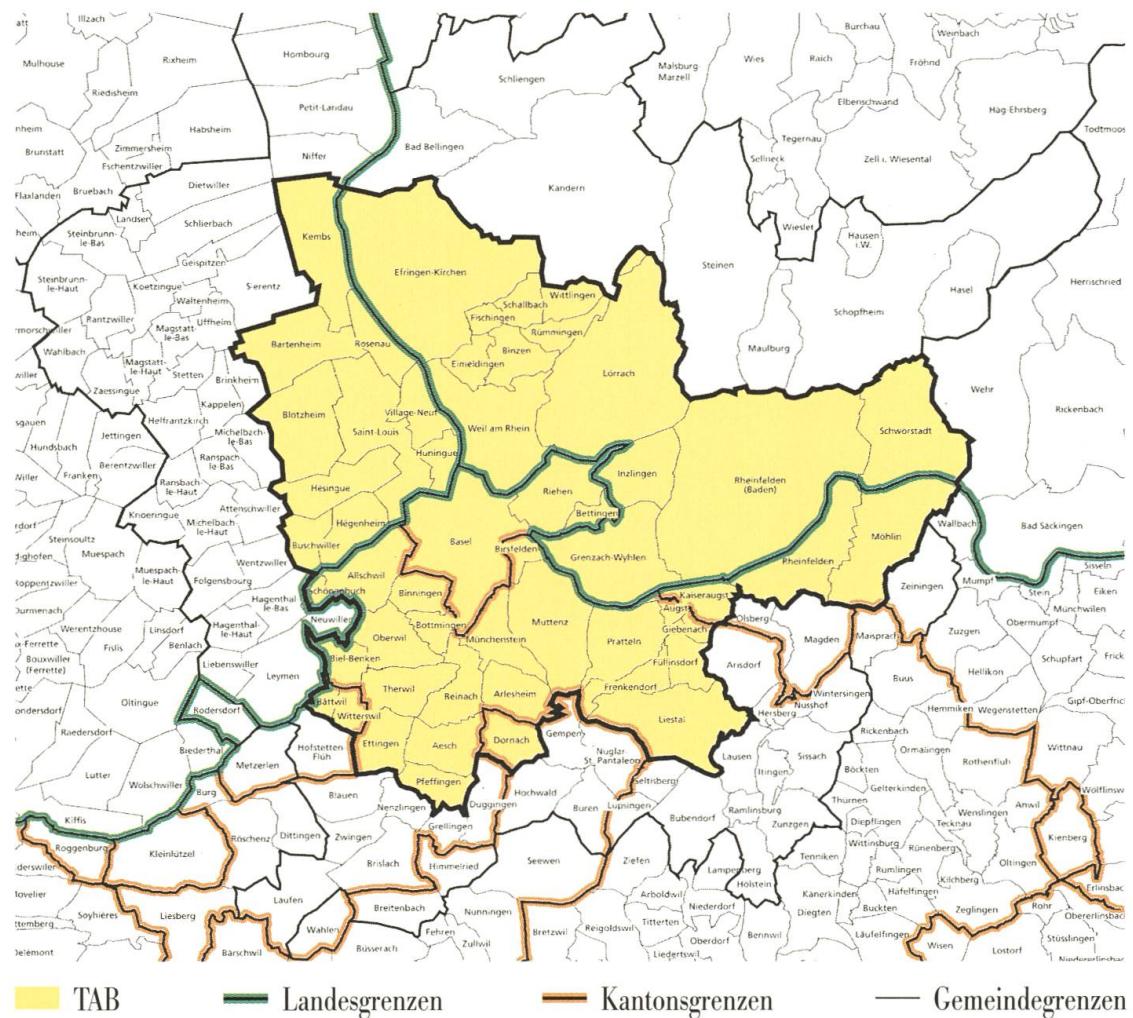
pationsform stärkt den inneren Zusammenhalt in der zersplitterten Gesellschaft und weckt – über den engen Gesichtskreis hinaus – die Sehnsucht nach der guten Stadt.

Die Massnahmenpakete der Konsenskonferenzen wurden von Verwaltung und Regierung in das ‘Aktionsprogramm Stadtentwicklung’ gegossen. Das letzte Wort hatten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die durch ein Referendum ins Spiel kamen: Mit grossen Mehr billigten sie im März 2000 einen Rahmenkredit von 25 Millionen Franken für Verbesserungen des Wohnumfeldes. Zum einen sollen die Rheinufer zu einem Erholungs- und Begegnungsraum aufgewertet werden, der zum Flanieren einlädt. Die Wohnqualität der angrenzenden Quartiere wird durch die Einrichtung von Sekretariaten und durch die Entflechtung von Verkehrs- und Wohnzone angehoben. Der ruhende Verkehr mit seinem grossen Platzbedarf wird teilweise in Tiefgaragen verbannt. Zum zweiten sollen in zehn Jahren 5000 neue Wohnungen entstehen, insbesondere für Familien mit Kindern, ein höchst ehrgeiziges Vorhaben, das eine Verdoppelung der Wohnungsproduktion nötig macht. Die erwähnten Landreserven werden teilweise überbaut, an attraktiver Altstadt-Lage sollen Wohnhäuser, die heute Verwaltungszwecken dienen, in Wohnraum zurückverwandelt werden. Schliesslich steht ein Rahmenkredit für die Verbesserung des Wohnumfelds bereit, der private Investoren zu Wohnungsrenovationen und Neubauten animieren soll.

Die Agglomeration wird zerschnitten

An der Riehener Grenze stehen noch heute drei Grenzsteine mit der Jahreszahl 1491. Die meisten Gemeindegrenzen sind vor 1501 gezogen worden nach den Bedürfnissen einer Agrargesellschaft mit kompakten Dörfern und Kleinstädten. Die Staatsgrenzen am Dreiländereck haben sich im letzten Jahrhundert verfestigt. Seither gerät der aktuelle Siedlungs-, Kultur- und Wirtschaftsraum in einen zunehmendem Kontrast zu den jahrhundertealten Gemeinde-, Kantons- und Landesgrenzen in der Region. Die Teile des Agglomerationsmosaiks gehören verschiedenen Gemeinden, Kantonen, Bundesländern, Departementen, Staaten und Staatenbünden an. Diese Gebietskörperschaften sind unterschiedlich verfasst und organisiert und höchst ungleich mit Ressourcen ausgestattet. Die Agglomeration Basel hat keine politische Heimat. Überspitzt gesagt: Basel ist seit dem Fall der Berliner Mauer die letzte Sektorenstadt in Mitteleuropa. Zollkontrollen nach dem täglichen Einkauf, der für Grenzgängerinnen und -gänger bestehende

Die trinationale Agglomeration Basel (TAB)



Zwang, nachts das Schweizer Territorium zu verlassen, stellen heute einen Anachronismus dar.

Unter den grossen Schweizer Städten ist Basel ein Sonderfall. Die Grenzlage der Agglomeration ist noch ausgeprägter als jene von Genf: 60% der Fläche mit 31% der Bevölkerung liegen jenseits der Schweizer Grenze in der deutschen und französischen Nachbarschaft. Zwar ist auch die Agglomeration Zürich mit ihren 100 Gemeinden an den Rändern über das Kantonsgebiet hinausgewachsen, aber der Schweizer Teil der Agglomeration Basel wird mitten entzweiget: Stadt und Land, Kopf und Rumpf sind seit 1833 getrennt.

Die Situation ist nicht ganz ohne Vorteile: Die einzelnen Gebietskörperschaften sind klein und überschaubar und die demokratische Kontrolle wirksam. Die Interessen der Teilräume können gewahrt werden, und zwischen ihnen spielt eine Konkurrenz der

Standorte mit entsprechendem Effizienz- und Kostendruck. Im Unterschied zu Zürich hat Basel immerhin einen städtischen Vertreter im Ständerat. Die Regierungsmitglieder von Basel-Stadt haben von Amts wegen Wohnsitz im Stadtkanton, im Zürcher Regierungsrat sitzt eine einzige Stadtbewohnerin.

Aber es überwiegen die Nachteile: Die Grenzen stellen Hindernisse für Menschen, Unternehmen und Institutionen dar: rechtliche, bürokratische, sprachliche; und häufig ergeben sich daraus auch unterschiedliche Mentalitäten. Wenn eine Schweizer Familie sich in Neuwiller, wenige Meter hinter der Schweizer Grenze, niederlassen möchte, muss sie sich in einem fremden Rechtssystem zurechtfinden und französisch formulierte Erlasse studieren. Weil die Agglomeration über keine umfassende staatliche Ordnung verfügt, ist jede Art von Koordination und Planung schwerfällig. Einerseits haben die Infrastrukturnetze Lücken und Brüche, anderseits gibt es auch aufwendige Doppelprüfungen. Die Strassenbahnen fahren nicht mehr über die Landesgrenze. Statt einer verkehren drei nationale Bahngesellschaften in der Agglomeration; und es gibt nicht weniger als sechs Schulsysteme ohne institutionelle Umsteigehilfen. Öffentlich finanzierte oder subventionierte Dienstleistungen, die eine Gebietskörperschaft beschliesst und bezahlt, werden von Menschen aus den Nachbargebieten ohne genügende Kostenbeteiligung genutzt. Zu diesen Zentrumsleistungen gehört das kulturelle Angebot von Basel: Theater, Orchester und Museen. Schliesslich hat niemand die Legitimation, die Interessen der Agglomeration nach aussen zu vertreten.

Grenzüberschreitungen

Die Agglomeration wird zerschnitten. Grenzüberschreitungen sind Versuche, die politische Zerstückelung zu überwinden. Werktags werden allein die Grenzen von Basel-Stadt täglich von 100 000 Arbeitspendlerinnen und Arbeitspendlern zweimal überfahren. 86 000 von ihnen kommen in die Stadt, etwa 28 000 von ihnen aus dem nahen Ausland.

Kooperation über die Grenzen

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Kantonen, Bundesländern und Staaten in der Agglomeration funktioniert in drei übereinander liegenden Kreisen mit wachsendem Radius und abnehmender Kooperationsdichte. Intensiv ist die Zusammenarbeit zwischen dem Stadt- und dem Landkanton, die ihre Partnerschaft verfassungsmässig verankert haben. Davon ist unten die Rede. Zu den engen Verflechtun-

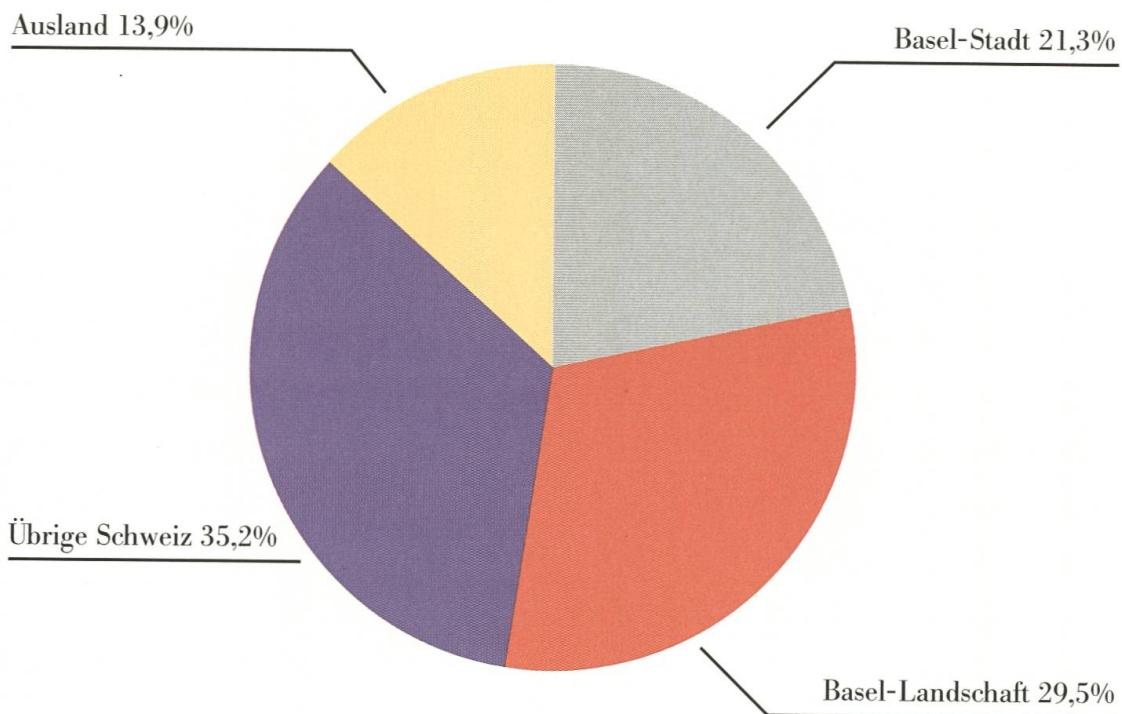
gen zwischen den Nordwestschweizer Kantonen gehören ein Schul-, ein Spitalabkommen und der regionale Tarifverbund für den öffentlichen Nahverkehr. Der dritte Kreis verbindet den schweizerischen mit dem deutschen und dem französischen Teil der Region. Den Anfang machte 1963 die aus privatem Antrieb gegründete 'Regio Basilensis'. Heute ist daraus eine zwischenstaatliche Kooperation geworden, die keinen Basler Führungsanspruch zulässt. Die Zusammenarbeit funktioniert ihrerseits in drei Kreisen: *Die Trinationale Agglomeration Basel (TAB)* umfasst die Agglomeration dies- und jenseits der Landesgrenzen vom elsässischen Kembs bis Liestal mit einer Bevölkerung von etwas weniger als 600 000 Personen. Der Versuch einer grenzüberschreitenden Raumplanung mit Mitteln der Europäischen Union (Interreg-Programm) steckt noch in den Kinderschuhen. Auf der Ebene der *Regio Trirhena* mit Basel, Freiburg und Mülhausen funktionieren die Kontakte schon seit Jahrzehnten. Gemeinsam bemüht man sich um den *EuroAirport*, die Verwirklichung weiterer S-Bahn-Linien, das Netzwerk *Bio Valley*, das mehr als 300 Unternehmen und rund 30 öffentliche Forschungseinrichtungen der Biotechnologie verbindet, und eine trinationale Lehrlingsausbildung. Die *Oberrheinische Region* (seit 1975) mit 5,7 Millionen Einwohnern erstreckt sich bis Strassburg und Karlsruhe und hat sich bis jetzt vor allem durch kulturelle Aktivitäten hervorgetan, durch die Kooperation der sieben Universitäten und den Museumspass. An der Spitze des Oberrheinrats mit Parlamentsvertretungen aus den drei Ländern steht bis Mai 2001 eine Baslerin.

Die Partnerschaft der Halbkantone

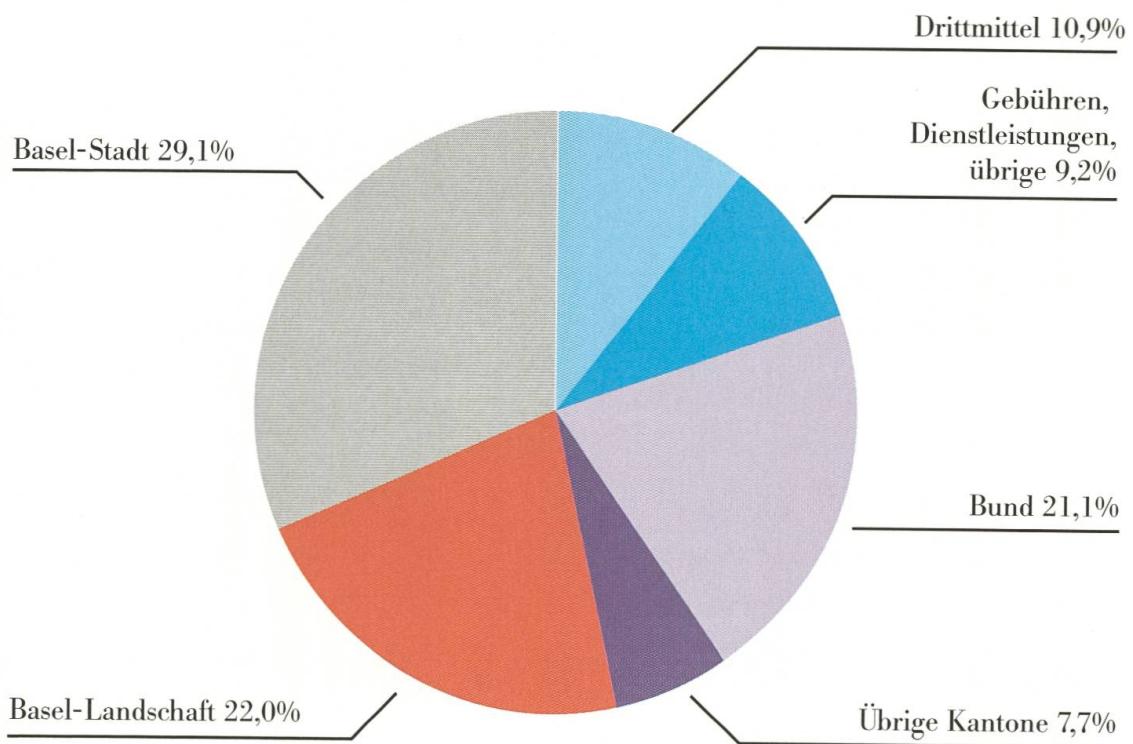
Die engere Partnerschaft zwischen den beiden Basler Halbkantonen datiert von 1974. Damals wurde sie mit gleichlautenden Formulierungen in den Verfassungen von Stadt und Land festgeschrieben. Fünf Jahre vorher hatte der Oberbaselbieter Souverän die von der Stadt und den umliegenden Gemeinden gewünschte Wiedervereinigung an der Urne scheitern lassen. Dass sich 76% der Baselbieter an die Urne bemühten, zeigt, dass starke Emotionen im Spiel waren; in der Stadt lag die Beteiligung bei mageren 44%. Der Versuch hatte 1933 – hundert Jahre nach der Trennung – begonnen und war nach einem kriegsbedingten Unterbruch bis zur Schaffung einer gemeinsamen Verfassung gediehen.

Von der Partnerschaft erwartet der Stadtkanton in erster Linie einen Lastenausgleich. Die Landschaft soll die Zentrumsdienste der Stadt mittragen. Die Forderungen

Universität Basel: Herkunft Studierende und Kostenträger



Studierende nach Wohnort vor Studienbeginn 1999/2000



Ertrag 1999: 296,4 Mio. Fr. (ohne klinische Medizin)

sind häufig nur ungenügend belegt, weil die Nettokosten nicht klar ausgewiesen werden können. Dem Landkanton hingegen schweben gemeinsame Unternehmungen vor, er hat wenig Lust, als Juniorpartner Rechnungen zu bezahlen, solange die Herren in der Stadt das Sagen haben. Am meisten Erfolg hatte die Partnerschaft daher mit der Schaffung gemeinsamer Institutionen, namentlich der Regionalplanungstelle (1969), dem Lufthygieneamt (1978), der Motorfahrzeugprüfstation (1978), dem Zentrum für Erwachsenenbildung (1988), der Wirtschaftsförderung (1996), der Fachhochschule (1998), dem Universitätskinderspital (1998) und bald mit der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit. Der Abschluss von Vereinbarungen zur Mitfinanzierung städtischer Kulturleistungen kostete einen grossen Verhandlungsaufwand; trotzdem willigte der Landkanton sowohl in einen Universitätsvertrag (erster Vertrag 1975) als auch in einen Kulturvertrag (1997) ein. In beiden Fällen war er – gegen ein bestimmtes Mass an Mitsprache – zu einer grösseren Kostenbeteiligung bereit. Aus städtischer Sicht ist die Abgeltung unbefriedigend: Basel-Stadt übernimmt etwa zwei Dritteln der Theaterkosten, obwohl nur ein Drittel der Besucher aus dem Stadtkanton kommt. Aus Baselland kommen rund 30% der Studierenden an der Universität – 9% mehr als aus der Stadt – aber nur 22% der Finanzmittel. Dornig verlief bis jetzt die Vereinheitlichung von Gesetzgebung und staatlichen Institutionen. Im Schulbereich etwa sind nur der Ferienplan und das freiwillige 10. Schuljahr harmonisiert.

Der anhaltende Bevölkerungsschwund der Stadt vergrössert den Kostendruck. Die Ungeduld und die Unlust an der Politik der kleinen Schritte in der bikantonalen Partnerschaft macht sich in Verzweiflungsaktionen Luft: Die Zusammenführung der beiden deutschen Staaten brachte Basler Politiker 1992 auf die Idee, die Wiedervereinigung als Beitritt des Stadtkantons als zusätzlichen Baselbieter Bezirk des Landkantons zu tarnen. Im Gegenzug verlangten verschiedene Vorstösse die Normalisierung der Trennung durch eine Aufwertung der beiden Basel zu Vollkantonen. Beide Aktionen verliefen im Sand.

Neue Lösungen

Das Problem der Agglomerationen ohne politische Heimat stellt sich nicht nur in Basel. Die heutige schweizerische Siedlungsstruktur mit fünfzig zusammenwachsenden Agglomerationen lässt sich schwer vereinbaren mit der traditionellen föderalen Struktur der Schweiz, die einen vorindustriellen, ländlichen Zustand mit Dörfern, Weilern und Klein-

städten widerspiegelt. Die hohe Mobilität von heute stösst an die statischen Institutionen von gestern. Aufgefangen wurden die wachsenden Ansprüche der Agglomerationen durch kommunale Zweckverbände und kantonale Konkordate. Entstanden ist ein unübersichtliches Geflecht von grenzüberschreitenden Institutionen. Damit werden staatliche Funktionen in einem institutionellen Niemandsland angesiedelt, das nicht demokratisch funktioniert. Die Kehrichtverbrennungsanlage des Gemeindeverbandes und das interkantonale Schulkonkordat entziehen sich der Kontrolle durch Legislativen und Souverän.

Zwei neue, höchst unterschiedliche Ansätze versprechen in diesem Bereich Abhilfe. Den ersten Ansatz haben Ökonomen entwickelt. Sie schlagen die Bildung 'funktionaler staatlicher Körperschaften' mit Steuerhoheit und demokratischer Kontrolle vor. Gemeinden und Kantone delegieren genau bestimmte Aufgaben, zum Beispiel den öffentlichen Verkehr, die Schulausbildung oder Sicherheitsaufgaben an eine neue Körperschaft und treten dafür einen Teil ihrer Steuerhoheit ab. Diese Körperschaft untersteht demokratischer Kontrolle: Bürgerinnen und Bürger beschliessen den Ein- und Austritt, entscheiden über die Verfassung und wählen die Aufsichtsgremien. Verschiedene solcher Körperschaften überlappen sich und stehen untereinander im Wettbewerb. Ansätze dazu gibt es in den Vereinigten Staaten und in den Schulgemeinden des Kantons Zürich.

Als Vorteile ins Feld geführt werden die demokratische Kontrolle verbunden mit dem Wettbewerbsdruck, die hohe funktionale, geographische und zeitliche Flexibilität dieser Einheiten, und die hohe fiskalische Äquivalenz, die sie ermöglichen. Darunter wird verstanden, dass der Kreis der Nutzniesser mit jenem der Kosten- und Entscheidungsträger nahezu identisch ist. Für Basel ist interessant, dass sich solche Körperschaften auch über Staatsgrenzen hinaus erstrecken könnten. Für die Lösung von Gesamtaufgaben wären sie aber nicht geeignet, weil verschiedene Politikbereiche nicht beliebig trennbar sind. Die Gefahr besteht, dass ein Geflecht von Institutionen entsteht, die untereinander nicht richtig abgestimmt sind, mit einer Tendenz zur Entsolidarisierung.

Beim zweiten Ansatz handelt sich um eine nationale Gebietsreform. Während in den Kantonen Genf und Waadt und in der Nordwestschweiz Kantonsfusionen im Gespräch sind, präsentiert das Bundesamt für Statistik eine umfassende Gebietsreform mit sieben Grosskantonen. Von den bisherigen Kantonen blieben nur Zürich und Tessin erhalten. Der Kanton Nordwestschweiz bestünde aus den Basler Halbkantonen,

aus dem solothurnischen Schwarzbubenland und dem aargauischen Fricktal. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Lebensräume würden sich wieder mehr mit den politischen Räumen decken, und die Siedlungsentwicklung in den Agglomerationen könnte erst eigentlich geplant und gesteuert werden. Auch dieser Vorschlag verbindet fiskalische Äquivalenz mit demokratischer Kontrolle. Trittbrettfahrer würden nicht mehr belohnt. Politikern und Politikerinnen, die nur den Egoismus von Teirläumen bedienen, wird die Grundlage entzogen. Kosteneinsparungen ergäben sich, weil Doppelspurigkeiten in der Verwaltung wegfielen – auch zum Nutzen von Privatpersonen und Unternehmen.

Gegen den Reissbrettentwurf der Statistiker hat sich sofort Widerstand geäussert: Auf dem Spiel stehe der Verlust der Heimat, dem Kanton Solothurn drohe die Auflösung. Ökonomen wandten ein, die Effizienz der Grosskantone sei keineswegs sicher. Das Problem der Agglomeration Basel würde durch die Schaffung des Kantons Nordwestschweiz nur teilweise gelöst, weil die ausländischen Teile nicht einbezogen werden könnten.

Mit keinem dieser Ansätze können alle Probleme der Agglomeration Basel gelöst werden. Deshalb müssen die kleinen und grossen Schritte der beiden Basel, der Nordwestschweizer Kantone – ob mit, ob ohne Fusion – und der trinationalen Partner vorangetrieben werden. Lohnen würde sich der Ausbau der TAB zu einem eigentlichen Agglomerationsverband mit eigenen Ressourcen und mit einer demokratisch gewählten Legislative, in der sowohl die Bevölkerung als auch die Gemeinden vertreten wären – nach dem Muster von National- und Ständerat. Aufgaben sind viele zu lösen, etwa in den Bereichen Raumplanung, Verkehrsplanung, Wirtschafts- und Kulturförderung. Es sind noch viele Grenzüberschreitungen nötig. Ohne Agglomerationsentwicklung muss auch die Stadtentwicklung scheitern: In dieser Hinsicht muss die politische Agenda neu geschrieben werden.

Lokale Wirtschaft im globalen Takt

Seit dem Mittelalter ist Basel eine Handwerkerstadt, in der gebaut, gehämmert und gemalt wird. Von allen Wirtschaftssektoren in der Nordwestschweiz beschäftigt das Gewerbe auch heute noch am meisten Menschen. In den letzten zwanzig Jahren hat das Gewerbe seinen Anteil an den Arbeitsplätzen von 33% auf 36% gesteigert. Basel ist und bleibt auch eine Handelsstadt. In ein paar Jahren soll Basel mit dem 105 Meter hohen

Messeturm ein entsprechendes Wahrzeichen bekommen. Die traditionelle Herbstmesse geht auf ein kaiserliches Privileg von 1471 zurück, der moderne Messeplatz aufs Jahr 1917 und die damals begründete Schweizerische Mustermesse. Mit Papierern und Druckern hatte auch das Basel von 1501 schon eine Exportwirtschaft. Die chemische Industrie von heute steht in ihrer Nachfolge.

Ein trinationaler Wirtschaftsraum

Ein eigenständiger Wirtschaftsraum ist Basel-Stadt freilich nicht; die Wirtschaft hat den



Zusammenschluss zur Nordwestschweiz längst vollzogen, und es zeichnet sich über die Landesgrenzen hinaus ein trinationaler Wirtschaftsraum Basel ab. Seit Jahrzehnten hat die chemische Industrie ins deutsche Grenzach und ins französische St-Louis expandiert. Grenzüberschreitendes Paradeunternehmen ist der Messgerätehersteller *Endress und Hauser* mit dem Stammhaus im Baselbiet und Tochterunternehmen in Südbaden und im Elsass. Der Firmeninhaber ist ein früher

Förderer des Regio-Gedankens. Die weltweiten Freihandelsvereinbarungen, die bedeutende Exportproduktion, das Messe- und Kongresszentrum, der wissenschaftliche Austausch, Kommunikationsnetze, Autobahnen, Hochgeschwindigkeitszüge und der *EuroAirport* stellen die lebenswichtigen Verbindungen mit Europa und der Welt her. Letzterer ist 1946 mit Schweizer Kapital auf französischem Boden errichtet worden. Der Erfolg der grenzüberschreitenden Kooperation erschien vielen damals noch als Wunder.

Tagtäglich überschreiten Zehntausende von Menschen die Grenzen, um im Nachbarland zu arbeiten, einzukaufen oder sich zu erholen. Diese Ströme von Pendlerinnen und Pendlernketten die drei Sektoren der Regio eng aneinander. 55 000 Menschen in der Regio arbeiten jenseits ihrer Landesgrenze, 48 000 von ihnen in der Nordwestschweiz. 1997 waren 28,5% der Beschäftigten in der Basler Chemie Grenzgängerinnen und Grenzgänger, bei den Grossverteilern waren es sogar 32,4%, bei den Banken blass 5,2%. 40% der Berufstätigen im elsässischen Canton Hüningen sind als Grenzgänger

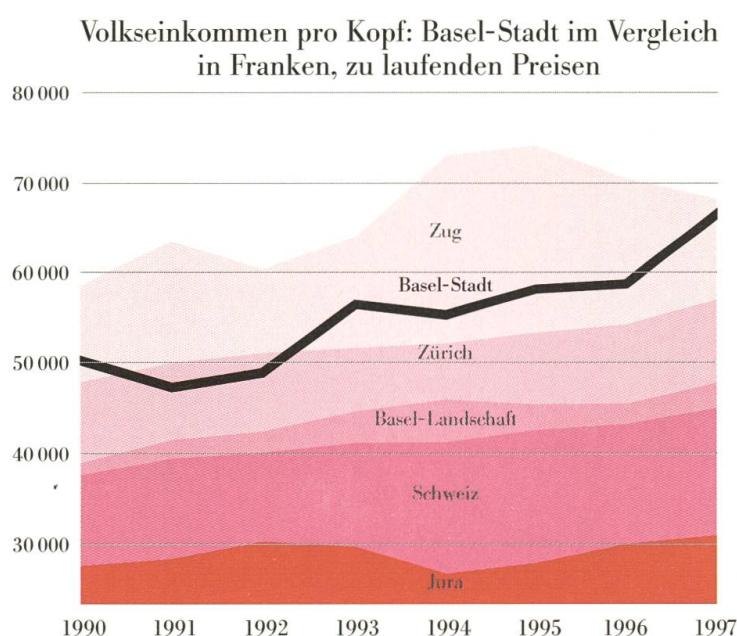
und Grenzgängerinnen beschäftigt, viele von ihnen seit Jahrzehnten und beim gleichen Arbeitgeber. Grenzgänger sind mehr als Konjunkturpuffer.

Wohnen im Elsass, Arbeiten in der Nordwestschweiz, Einkaufen in Südbaden: Wer das günstigste Angebot sucht, müsste nach dieser Devise leben. Einfamilienhäuser sind im Elsass 40% billiger als in der Schweiz, und die Landreserven sind erheblich größer. Der Schweizer Arbeitsmarkt ist attraktiver, weil die Arbeitslosigkeit tiefer (1999 rund 2% in Basel gegenüber 8% in Südbaden und 5% im Sundgau), das Angebot breiter gefächert und die Löhne – allerdings bei längerer Arbeitszeit – erheblich höher sind. Weil Fleisch und Milchprodukte in Südbaden und im Elsass rund ein Drittel billiger sind als in der Schweiz, lohnt sich der Einkaufstourismus.

Auch wenn hier nur noch ein Drittel der Bevölkerung lebt, bleibt Basel-Stadt das Schwergewicht im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz. Hier ist jeder zweite Arbeitsplatz angesiedelt: 34% kommen täglich aus andern Kantonen zur Arbeit, 17% aus Frankreich und Deutschland. Obwohl rund die Hälfte des Basler Hinterlandes auf badischem und elsässischem Boden liegt, kommt nur ein Drittel der Pendler aus diesem Raum. Auch wenn die Grenzgängerbewilligungen nicht beschränkt sind, wirkt die Landesgrenze noch immer als Filter.

Standort von Grossunternehmen

Basel-Stadt gilt als reicher Kanton und nimmt hinter Zug den 2. Rang im Volkseinkommen pro Kopf ein. Die Löhne sind durchschnittlich nicht höher als im Nachbar-



kanton; mit einem Anteil von 25% verhelfen die Kapitalgesellschaften dem Stadtkanton zu diesem Spitzensitz. Die chemische Industrie stellt 11% der Arbeitsplätze in der Nordwestschweiz, steuert aber 23% der Wertschöpfung bei; sie ist hinter der Maschinenindustrie der zweitwichtigste Exportsektor der Schweiz. Der Finanzsektor mit Banken und

Versicherungen kommt auf 4% Arbeitsplätze und 10% Wertschöpfung. Eine ganze Reihe der grössten Schweizer Unternehmen hat ihren Sitz im Raum Basel: *Novartis, Roche, Coop, Clariant, Ciba, Danzas, Panalpina* und zu einem Teil die *UBS*. Fast ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitete 1995 in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten, gesamtschweizerisch waren es bloss 10%.

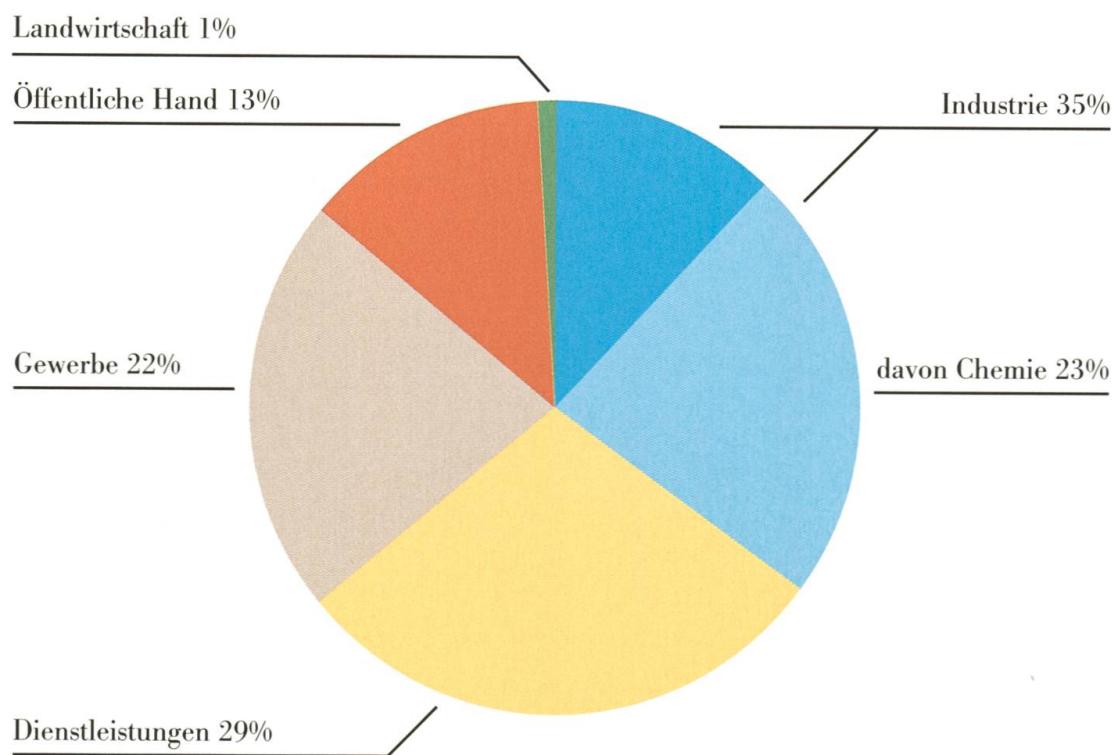
Lokaler Markt und Weltmarkt

Das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft, die sogenannte Globalisierung, hat sich seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Staatensystems und dank der sprunghaften Entwicklung der Computer- und Informationstechnologie beschleunigt. Immer weniger Märkte können sich dem Einbezug in den europäischen und weltweiten Freihandel entziehen: lokale Märkte und Kartelle brechen auf. Immer mehr Unternehmen und Wirtschaftssubjekte gewinnen Ortsunabhängigkeit. Immer häufiger kommt wirtschaftliche Tätigkeit ohne schwere Stoffe aus und ist deshalb mobiler. Die weltweiten Unternehmen gewinnen an Macht, weil sie ortsunabhängig geworden sind und die Unterschiede der Standorte ausnutzen können. Demgegenüber geraten die Nationalstaaten ins Hintertreffen: Viele begrenzte Regelungsmechanismen versagen oder müssen aus Konkurrenzgründen preisgeben werden. Menschen, Unternehmen, Staaten stehen unter permanentem Anpassungsdruck.

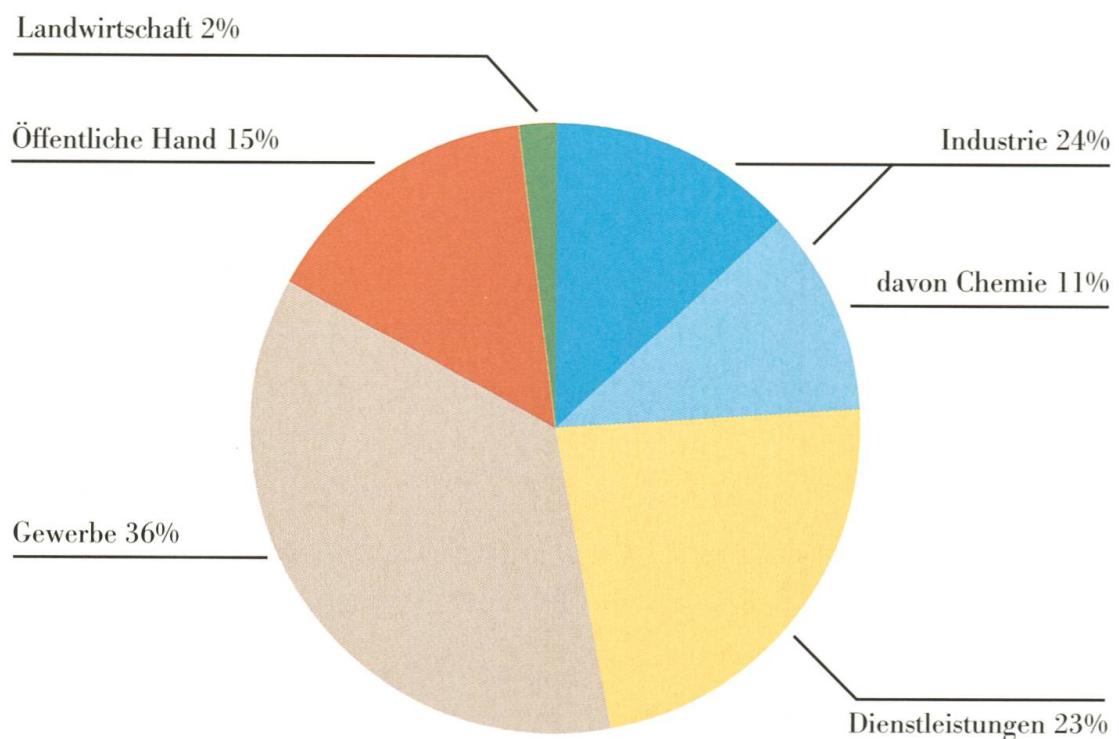
Um ihren Spaltenplatz als *global players* müssen auch die Grossunternehmen in Basel kämpfen: Wenn die Gewinne nicht nach den Vorstellungen der Investoren wachsen, sinken die Börsenkurse, und das Kapital wird abgezogen. Die Devise heisst: Produktivität erhöhen, restrukturieren und Kosten sparen. Die Unternehmen fokussieren auf die Kernproduktion und stossen Nebenbereiche aus Rentabilitätsgründen ab, sie lagern Teile der Produktion an billige Standorte aus und fusionieren mit Konkurrenzbetrieben, um die kritische Grösse zu erreichen. Alle diese Massnahmen kosten Arbeitsplätze: Restrukturieren bedeutet meistens entlassen. Basel mit seiner bedeutenden Anzahl an Grossbetrieben war in den 90er Jahren überdurchschnittlich betroffen. *Novartis* hat weniger Arbeitsplätze als *Ciba-Geigy* und *Sandoz*, *UBS* weniger als *Bankverein* und *Bankgesellschaft*. Zwischen 1991 und 1995 gingen in der chemischen Industrie 4646 Arbeitsplätze verloren, das sind 18,3%. Im Bausektor waren es 2981 oder 14,4%.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) springen in die Bresche, weil sie beweglicher sind und in Marktnischen schlüpfen können. Schon heute arbeiten zwei

Wertschöpfung Nordwestschweiz nach Wirtschaftssektoren 1998



Vollarbeitsplätze Nordwestschweiz nach Wirtschaftssektoren 1998



Drittel der Angestellten der Privatwirtschaft in KMU. 80% der Betriebe beschäftigten 1995 weniger als zehn Arbeitskräfte. Trotz einer Misserfolgsquote von über 50% werden in den beiden Basel jährlich mehr als 2000 Unternehmen gegründet. Gewerbeverband, Wirtschaftsförderung und andere Institutionen helfen bei der Beschaffung des Kapitals und bei der Kundenakquisition. Neue Schlüsselbranche sind die Dienstleistungen für Unternehmen. Dazu gehören Informatik, technische, wissenschaftliche und juristische Beratung, Personalvermittlung, Werbung, Sicherheit, Reinigung, Ingenieur- und Architekturbüros. Mittlerweile ist die Arbeitslosenquote von über 6% im Jahre 1994 auf rund 2% zurückgegangen und im europäischen Vergleich konkurrenzlos tief.

Seit 1945 sind viele Arbeitsbeziehungen in der chemischen Industrie durch Gesamtarbeitsverträge geregelt, die zwischen Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband ausgehandelt werden. Diese ‘Sozialpartnerschaft’ sicherte den sozialen Frieden. Spätestens seit dem Konjunktureinbruch der 90er Jahre ist vieles anders geworden: Heute wächst die Wirtschaft der Nordwestschweiz wieder überdurchschnittlich, aber die Bedeutung der kollektiven Arbeitsverträge geht laufend zurück. Flexible Einzelverträge dominieren.

Rohstoff Bildung

Bildung ist unser wichtigster Rohstoff. Unzureichende Bildung ist die schlimmste Form von Benachteiligung. Die Schule hat den doppelten Auftrag, Bildung zu vermitteln und junge Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Rund ein Fünftel der 19-Jährigen besteht die eidgenössische Maturität, seit einigen Jahren etwas mehr Frauen als Männer. Die Maturitätsquote in Basel-Stadt liegt gleich hoch wie in Basel-Landschaft, obwohl in 62% der Basler Klassen über 30% fremdsprachige oder ausländische Kinder sitzen. Im Landkanton liegt dieser Anteil bloss bei 27% der Klassen. Etwa 40% der Jugendlichen trat bis jetzt nach dem 9. oder dem freiwilligen 10. Schuljahr eine Lehrstelle an. Die Wurzeln der Berufslehre reichen noch hinter das Jahr 1501 zurück. Die praktische Ausbildung am Arbeitsplatz wird heute ergänzt durch die theoretische Ausbildung in der Berufsschule, deshalb spricht man vom ‘dualen Berufsbildungssystem’. Seit einigen Jahren führt über die Berufsschule ein zweiter Weg zur wissenschaftlichen Ausbildung. Jugendliche erwerben mit der Berufsmatur den Zugang zu den Fachhochschulen. An der Fachhochschule beider Basel mit ihren fünf Departementen studieren 1200 Perso-

nen, doppelt so viele wie vor wenigen Jahren. Aus verschiedenen Gründen ist der Lehrstellenmarkt seit einiger Zeit in einer Krise: Zum einen bieten die Arbeitgeber oft keine Lehrstellen mehr an oder stellen immer höhere Ansprüche an die Selbständigkeit und die Kommunikationsfähigkeit der jungen Leute. Zum andern sind die Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus Basel-Stadt im Durchschnitt weniger erfolgreich als jene aus dem Landkanton, weil der Anteil der Fremdsprachigen und der Kinder aus benachteiligten Milieus erheblich höher ist und weil eine tiefgreifende Schulreform noch in der Konsolidierungsphase steckt. Die neu gegründete Weiterbildungsschule ist noch daran, Tritt zu fassen. Neben Gymnasien und Berufsschulen steht den Jugendlichen nach der obligatorischen Schulzeit eine breite Palette von weiterbildenden Schulen offen: die Brückenangebote des 10. Schuljahrs, die zwischen Schule und Berufswelt vermitteln, Handelsmittelschule und Diplomschule mit ihren drei Schuljahren und die zweijährige Verkehrsschule. Aber aufgepasst: Bildungsziel ist nicht die funktionierende Arbeitskraft für die Wirtschaft von heute, sondern der mündige Mensch, der sich in der Welt von morgen behaupten kann.

Basel verkaufen

Nicht nur die Unternehmen stehen untereinander im Wettbewerb, der Konkurrenzdruck hat sich auch auf die Standorte ausgeweitet: Die Agglomeration Basel muss sich, wie es heißt, verkaufen. Das Produkt auf dem Markt sind die Vorteile, die der Standort Basel jenen verschafft, die hier investieren oder sich ansiedeln. Die Käufer sind Fachkräfte, Unternehmen, Investoren, die optimale Bedingungen für ihre Tätigkeit suchen. Vorausgesetzt werden eine verlässliche Rechtsordnung, politische Stabilität und eine liberale Wirtschaftspolitik mit flexiblen Gewerbe- und Bauordnungen. Verlangt sind leistungsfähige Kommunikations- und Verkehrsverbindungen mit Europa und der Welt. Begehrt sind öffentliche Dienste mit hohen Leistungen, aber niedrigem Preis. Trümpfe sind ein gutes Wohnungsangebot, hohe Lebensqualität in intakter Umwelt, urbane Atmosphäre. Zu Basels Stärken gehören die Verkehrslage, starke Unternehmen im Wachstumsbereich Pharma, die Kompaktheit und die kulturelle Ausstrahlung der alten Universitätsstadt. Basel wird als Weltstadt im Taschenformat gepriesen. Das 'Standortmarketing' bemüht sich darum, die Standortqualitäten an die Kundenbedürfnisse anzupassen und die Vorteile dann bei Kundinnen und Kunden bekannt zu machen. Es findet seine Grenze da, wo Bürgerinnen und Bürger diesen Standort als Heimat emp-

finden, die sie nach ihren Bedürfnissen gestalten wollen. Wer seine Werte bewahrt und die Nachhaltigkeit hochhält, schafft Kapital für die Zukunft.

Geteilte Macht im Stadtkanton

Einbezug und Ausschluss

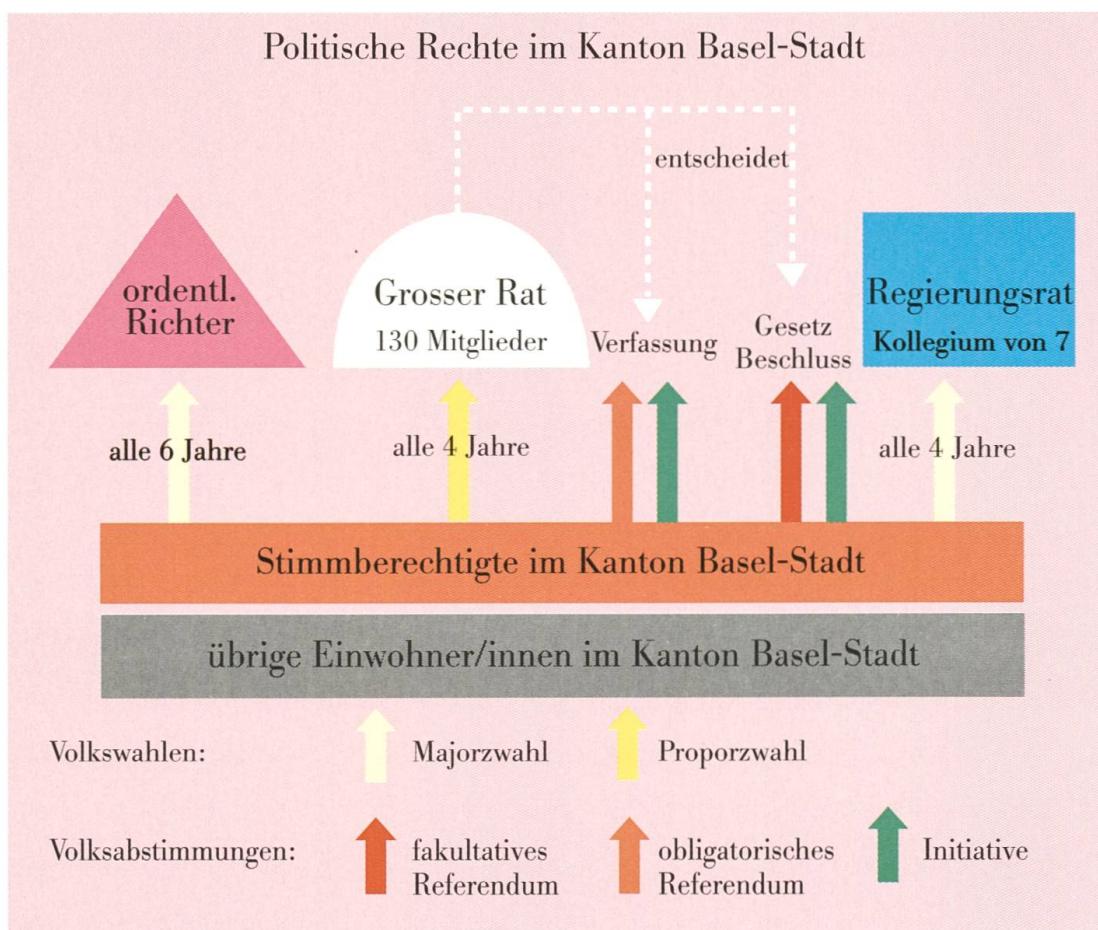
Im kleinräumigen Stadtstaat Basel herrscht eine ausgesprochene Kultur der Machtteilung; insofern steht das politische System von heute durchaus in der Tradition der Zunft- und Familienherrschaft vor 500 Jahren. Konflikte werden durch Verhandlung, Kompromiss und Beteiligung aller massgebenden politischen Kräfte gelöst. Sie sind anteilmässig im Parlament vertreten, und die Staatsleitung ist einem Kollektiv anvertraut, in dem alle grossen Parteien Einstieg haben. Sind die Mehrheiten knapp und die Entscheide nicht ausgewogen, werden die Behörden durch Referenden zur Ordnung gerufen. Das schafft Stabilität und verhindert abrupte Machtwechsel, aber es hemmt auch die Innovationsfreude.

Im alten Basel hüteten die Stadtbürger eifersüchtig ihre Privilegien gegenüber der Landbevölkerung vor den Mauern. Seit der Trennung sind alle städtischen Gruppen, die von der Herrschaft ausgeschlossen waren, früher oder später integriert worden. 1875 setzte die Mehrheit der Schweizer Zuzüger die geltende demokratische Verfassung durch. Die protestantische Mehrheit hat ihre Vorrechte Schritt für Schritt abgegeben: 1911 verzichtete sie auf die Finanzierung der Kirche mit allgemeinen Steuermitteln. Seit 1972 sind die römisch-katholische und die christkatholische Kirche und die israelitische Gemeinde ebenfalls öffentlich-rechtlich anerkannt. Die Partei der katholischen Minderheit ist seit 1919 an der Regierung beteiligt. Auch im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit gab es auf Dauer keine Ausgrenzung: Seit 1902 ist die Sozialdemokratie im Regierungsrat vertreten. 1966, spät genug, aber trotz allem als erste Deutschschweizer, haben die Basler Bürger ausserdem den Frauen das kantonale Stimmrecht eingeräumt. 1989 erhielten auch die 18- und 19-Jährigen das Stimmrecht. Ausgeschlossen bleiben Ausländerinnen und Ausländer.

Demokratische Verfahren

Die Demokratie geht von der Vision aus, dass alle Menschen gleichwertig sind und das Recht auf Entfaltung haben. Nüchtern gesehen geht es um Entscheidverfahren, die die

wichtigen Gruppen einbeziehen, um Verfahren, die sich bei der Konfliktlösung bewährt haben und die den sozialen Frieden sichern helfen. Basel-Stadt hat sie 1875 von anderen Kantonen übernommen. Nach ihrem Vorbild wurde ein halbdirektes demokratisches Mischsystem eingeführt. Eine grosse Zahl von Männern und Frauen übt ein öffentliches Amt aus, weil viele Behörden aus ehrenamtlichen Gremien bestehen, zum Beispiel der Grosse Rat, der Einwohner- und der Gemeinderat Riehen, die Schulinspektionen, die Gerichte mit Ausnahme der Präsidien und die kirchlichen Behörden. Der direkte Einfluss auf die politischen Entscheide führt über Initiative und Referendum: Je wichtiger der Entscheid, desto ausgeprägter ist die Mitsprache. Jede Verfassungsänderung unterliegt einer Volksabstimmung, dem sogenannten obligatorischen Referendum. Über Gesetzesänderungen hingegen wird ausschliesslich dann an der Urne entschieden, wenn 2000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger es verlangen oder wenn es der Grosse Rat so verfügt. Für seine Verordnungen kann der Regierungsrat höchstens mit Abwahl bestraft werden. Eine Verordnung muss sich auf ein Gesetz stützen. Sie legt fest, wie ein Gesetz im Detail anzuwenden ist.



Gegen die selbst gewählten Behörden ist die Öffentlichkeit misstrauisch: Das Volk, dem die Oppositionsrolle zufällt, kann Missfallen und Protest durch den Gebrauch der Volksrechte äussern und eine Entscheidung an der Urne erzwingen. Die Zahl der fakultativen Referenden und Initiativen ist wie in allen städtisch geprägten Kantonen hoch. Initiativen sind in 38% der Fälle erfolgreich, während auf Bundesebene nur jede zehnte vom Stimmvolk befürwortet wird. Die Stimm- und Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist – wie in der ganzen Schweiz – sinkend. Während 1947 über 70% der Stimmberechtigten an den Grossratswahlen teilnahmen, schwankt dieser Anteil seit den 70er Jahren zwischen 39% und 47%. Ein Vergleich mit den Nachbarstaaten mit erheblich höherer Beteiligung muss berücksichtigen, dass Wahlen an Bedeutung verlieren, wenn Staatsbürgerinnen und -bürger Sachfragen auch direkt an der Urne entscheiden können. An wichtigen Volksabstimmungen nimmt noch immer mehr als die Hälfte teil, an der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum 1992 waren es 72,4%.

Was sind demokratische Mehrheiten? Am 21. Mai 2000 haben 47 128 Stimmende in Basel-Stadt den bilateralen Verträgen mit der EU zugestimmt; das ergab eine eindrückliche Ja-Mehrheit von 72,4% der Stimmenden. Die Stimmabstimmung war mit 54,8% höher als der Schweizer Durchschnitt von 47,4%. Gemessen an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten schmilzt die Mehrheit auf 39,6%. Von der Gesamtbevölkerung des Kantons haben lediglich 24,9% an der Urne ja gesagt.

Rechtsstaatliche Machtkontrolle

Die staatliche Gerechtigkeit hing im alten Basel von der Tugend der Obrigkeit ab. Da viele Amtsträger auf Lebzeit gewählt wurden, konnten Bürger und Untertanen nur hoffen, dass sie für moralische Appelle empfänglich waren. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser; deshalb wird Macht heute so organisiert und verteilt, dass sie möglichst wenig missbraucht werden kann. Basel-Stadt ist ein Rechtsstaat: nicht Menschen sollen herrschen, sondern Gesetze. Sie stützen sich auf demokratische Entscheide und gelten für alle Menschen gleichermaßen. Alles Handeln von Behörden muss sich darauf abstützen, jede Willkür ist verboten. Während die Obrigkeit im alten Basel mit Kleidungsvorschriften und religiösen Verboten in den Alltag von Männern und Frauen einzuwirken versuchte, sind heute Staat und Privatleben streng getrennt. In der neuen Bundesverfassung ist ein ganzes Kapitel ausschliesslich den Grundrechten gewidmet. Die Frei-

heitsrechte sind als Menschenrechte definiert, auf die alle Anspruch haben, die sich auf Schweizer Territorium befinden, unabhängig von der Nationalität oder vom sozialen Status. Personen, die sich in ihren Rechten verletzt fühlen, können das Basler Verwaltungsgericht anrufen und als letzte nationale Instanz das Schweizerische Bundesgericht. Schliesslich bleibt immer noch die Möglichkeit, das Urteil vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte überprüfen zu lassen, der im Augenblick von einem Basler präsidiert wird. Vor 1798 waren Bürgermeister und Räte im alten Basel gleichzeitig Gesetzgeber, Regierung, Richter und Kirchenleitung. Der Grundsatz der Gewaltenteilung bewirkt, dass staatliche Macht auf mehrere Instanzen und unterschiedliche Personengruppen verteilt wird, die sich gegenseitig kontrollieren. Machtmissbrauch und Machtballung in den Händen weniger wird erschwert: Wer zu Gericht sitzt, wer zum Regierungskollegium gehört, darf nicht gleichzeitig Gesetzgeber und Mitglied des Grossen Rates sein. Die Ombudsstelle ist eine neue Form der Gewaltenkontrolle. Als Beauftragter des Grossen Rates versucht der Ombudsman jenen weiterzuhelfen, die sich von Behörden ungerecht behandelt fühlen.

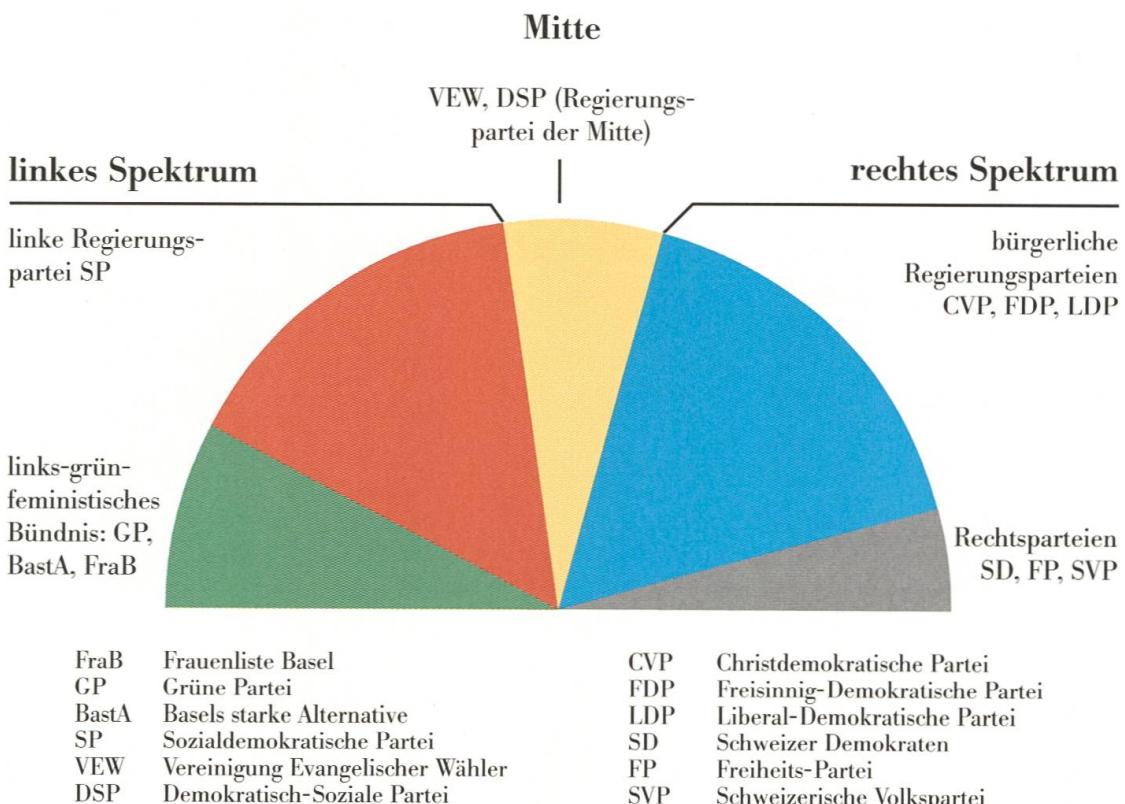
Solidarität

Solidarität zwischen Starken und Schwachen hat in Basel Tradition. Zwei soziale und kulturelle Einrichtungen, die von grossherzigen Privatpersonen ins Leben gerufen wurden, haben bis heute herausragende Bedeutung: die *Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG)*, die der aufgeklärte Ratsschreiber Isaak Iselin 1777 gegründet hat, und die *Christoph Merian-Stiftung (CMS)* aus dem Jahre 1858. Das Detailhandelsunternehmen *Coop*, 1865 gegründet, ist Zeugnis der Arbeiterselbsthilfe. Im 20. Jahrhundert wurde die paternalistische Fürsorge durch den *Sozialstaat* abgelöst, der für den Ausgleich zwischen arm und reich, zwischen unten und oben zu sorgen hat. Basel-Stadt hat in diesem Gebiet Pionierleistungen erbracht. Vor der Bundeslösung wurden die progressive Steuerskala, ein Fabrikgesetz, eine Arbeitslosenkasse, die Öffentliche Krankenkasse und eine kantonale AHV geschaffen. Heute verwendet der Kanton 15% seiner Ausgaben dafür, soziale Ausgrenzung zu verhindern oder zu mildern. Mehr kosten nur noch Gesundheit und Bildung.

Der Grossen Rat: Vielfalt von Interessen und Meinungen

Als Volksvertretung obliegt dem Grossen Rat Gesetzgebung, Finanzgewalt und die Oberaufsicht über Regierung und Verwaltung. Möglichst viele Gruppierungen und Menschen sollen sich durch diese höchste Behörde vertreten fühlen: Mit 130 Mitgliedern verdient der Grossen Rat seine traditionsreiche Bezeichnung auch heute noch. Das 1905 eingeführte Proporzwahlrecht räumt auch den Minderheiten gute Chancen ein. Die Beschränkung der Amtszeit auf drei Wahlperioden von vier Jahren senkt die Wahlhürde für die Jüngeren. Seinen ausgeprägten Sinn für Machtteilung beweist der Grossen Rat, indem er seinen Vorstand, das sogenannte Büro, und seine Kommissionen nach Fraktionsproporz zusammenstellt: Die Parteien sind also entsprechend ihrer Stärke vertreten. Die Spielräume des Grossen Rates sind eng und Klagen über Machtverlust häufig. Der Einfluss des Rats wird einerseits durch die direkte Demokratie und die neuen Formen der Volksbeteiligung nach dem Muster der Innovationswerkstätten (im Projekt Werkstadt Basel) beschnitten, anderseits durch die faktische Überlegenheit der vom Regierungsrat geleiteten, vielköpfigen Verwaltung, deren Abteilungen im Rahmen laufender Reformen erst noch teilautonom werden.

Politische Lager im Grossen Rat (bis Februar 2001)



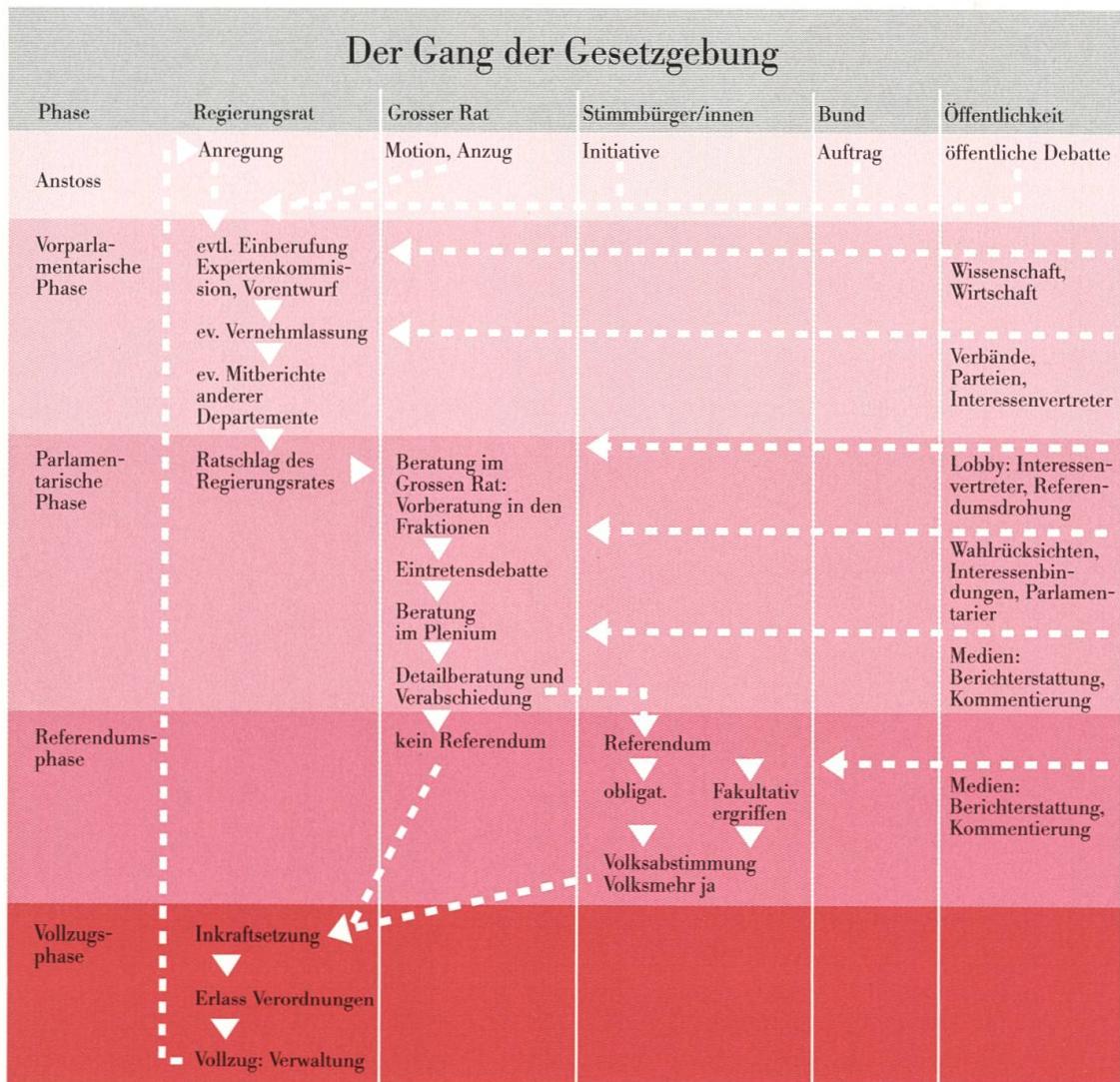
Im amtierenden Rat liegt der Frauenanteil knapp bei einem Drittel: Die Frauen sind zwar im schweizerischen Vergleich vorne, aber noch lange nicht am Ziel. Die Linksparteien bringen es auf eine knappe Frauenmehrheit, dafür stellen sie keinen einzigen Arbeiter mehr. Angestellte der Privatwirtschaft sind untervertreten, Selbständige (Gewerbetreibende, Anwälte, Berater usw.) fünffach übervertreten. Die parteipolitische Zusammensetzung ist von zwei Polen geprägt. Das links-grüne Lager ist etwas stärker als das Spektrum der Bürgerlichen und Rechten. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Basel-Stadt von den meisten Kantonen, nicht aber von den grösseren Städten. In polarisierenden Fragen kann die kleine Mitte den Ausschlag zwischen den Lagern geben, aber im Ratsalltag stehen sich keine unversöhnlichen Fronten gegenüber. Weil im Halbrund trotz des verlangten minimalen Wähleranteils von fünf Prozent in einem Wahlkreis nicht weniger als zwölf Parteien und neun Fraktionen sitzen und ihre Eigenständigkeit herausstreichen, weil alle fünf grösseren Parteien an der Regierung beteiligt sind und die Fraktionsdisziplin wenig zählt, ergeben sich wechselnde Mehrheiten für pragmatische Lösungen. In Anlehnung an den Kurs der nationalen Mutterpartei sucht die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP), die bei den Nationalratswahlen 1999 aus einer Randexistenz heraus auf einen Schlag zur stärksten bürgerlichen Partei vorrückte, die ideologische Profilierung und den Streit mit der Linken. Unter ihrer Führung soll sich das bürgerliche Lager für Steuersenkungen für die Mittelschichten, eine Reduktion der sozialstaatlichen Leistungen, eine härtere Sicherheits- und Ausländerpolitik und den Abbruch der Schulreform stark machen. Liberale (LDP), Freisinn (FDP) und Christdemokraten (CVP) geben sich jedoch reserviert und frostig. Wählerinnen und Wähler fühlen sich weniger an eine Partei gebunden als früher, immer weniger Wahlberechtigte werfen eine unveränderte Parteiliste in die Urne. Das Wahlverhalten wird durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt; neben der sozialen Herkunft spielen auch tagespolitische Themen, von Medien gemachte *events* und Stilfragen eine Rolle. Die Medien haben sich von den Parteien vollständig emanzipiert. 1992 haben die letzten beiden Parteizeitungen aufgegeben: die sozialdemokratische AZ und die christlich-demokratische Nordschweiz. Sowohl die einzige auf Stadtboden übriggebliebene Tageszeitung als auch die neu entstandenen lokalen Radiostationen verstehen sich als überparteiliche Foren.

Im Grossratssaal tagt mitunter auch das Jugendparlament und versucht den Anliegen der jungen Generation Gehör zu verschaffen. Am Jugendkulturfestival 2000 haben die jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier für drei Tage hinter dem

Theater einen 'Liliputanerstaat' errichtet – mit Grenzwache, Fahne, Hymne und Verfassung. Die Spielanlage sah Störungen in der Gartenzwergidylle vor: Arbeitslosigkeit, Gewalt und Drogen provozierten Konflikte, denen die Inselbewohner mit friedlichen Debatten beizukommen suchten.

Der Regierungsrat: Zwang zum Kompromiss

Wie in vielen Kantonen und beim Bund ist der Regierungsrat einem Kollegium von Gleichberechtigten anvertraut, das *per se* auf Machtteilung angelegt ist, weil alle wichtigen Beschlüsse gemeinsam gefällt und gegenüber Wahlvolk und Grossem Rat verantwortet werden. Zwar werden die sieben vollamtlichen Mitglieder einzeln und im Majorzverfahren gewählt, so dass grosse Parteien begünstigt werden, aber häufig halten sich die Parteien oder das Wahlvolk an einen freiwilligen Proporz. Seit seiner Schaffung ist



der Regierungsrat eine Mehrparteienregierung, in welcher die politischen Gegensätze eingebunden sind: nach 1875 Freisinn und Konservative, seit 1902 Bürgerliche und Sozialdemokraten. Den gewählten Personen bleibt gar nichts anderes übrig, als irgend einen Weg der Zusammenarbeit zu suchen; auch 'kaltgestellte' Minderheiten können nicht in Fundamentalopposition gehen, weil sie für ihre Departementsgeschäfte Mehrheiten in der wöchentlichen Regierungssitzung brauchen. Die Kooperation funktionierte mit bürgerlicher, in den Krisen- und Kriegsjahren 1935-1950 auch mit linker Mehrheit. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Standorte so angenähert, dass man von 'Konkordanz', das heisst Annäherung und Übereinstimmung, spricht. Seit Beginn der letzten Wahlperiode bilden nicht weniger als fünf Parteien die Regierung: Die drei bürgerlichen Vertreter (aus LDP, FDP und CVP) und die drei sozialdemokratischen Mitglieder halten sich die Waage. Trotzdem bekommt der Vertreter der Mitte (aus der Demokratisch-Sozialen Partei, DSP) auf dem siebten Platz vermutlich selten die Gelegenheit, den Ausschlag zu geben. Die erste Frau hielt 1992 Einzug in die Männerdomäne Regierungsrat.

Die traditionelle Bezeichnung als Exekutive, als Behörde also, welche Gesetze und Beschlüsse vollzieht, gibt einen falschen Eindruck von den heutigen Aufgaben des Regierungsrates. Der Regierungsrat versteht sich als Staatsleitung, welche Ziele setzt, Mittel festlegt und die Umsetzung koordiniert. Dabei stehen ihm die staatlichen Ressourcen zur Verfügung: Verwaltung oder öffentliche Dienste und der Staatshaushalt. Durch die Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen wirkt der Regierungsrat auch an der Gesetzgebung mit, obwohl diese nach der traditionellen Vorstellung in den alleinigen Zuständigkeitsbereich der Legislative, des Parlaments, fällt.

Die Gemeinden im Stadtkanton

Zum Stadtkanton gehören über die Stadt mit rund 90% der kantonalen Bevölkerung hinaus nur die beiden linksrheinischen Landgemeinden. Um kostspielige Doppelspurigkeiten zu vermeiden, hat der Verfassungsgeber 1875 beschlossen, auf städtische Gemeindebehörden zu verzichten und die Stadt unmittelbar durch die Kantonsbehörden verwalten zu lassen. Viele soziale Aufgaben sind gegen Abgeltung an die Bürgergemeinde der Stadt Basel delegiert. Obschon die Autonomie der Landgemeinden im schweizerischen Vergleich wenig ausgeprägt ist, verfügen Riehen und Bettingen über ehrenamtliche Legislativ- und Exekutivbehörden und professionelle Gemeindedienste,

für deren Finanzierung eine kommunale Einkommenssteuer erhoben wird. Deswegen schulden die Steuerpflichtigen der Landgemeinden dem Kanton nur die halbe Einkommenssteuer. Dank höherem Durchschnittseinkommen und kostengünstiger Verwaltung liegen die kommunalen Steuersätze unter den kantonalen. Zum Ausgleich haben die Gemeinden vom Kanton neue Aufgabenfelder übernommen, zum Beispiel die Kindergärten.

Eine neue Ordnung

Nach 125 Jahren will sich Basel-Stadt eine neue Verfassung geben. Seit Januar 2000 ist ein 60-köpfiger Verfassungsrat am Werk und direkt den Wählerinnen und Wählern verantwortlich. Die Verfassungsdiskussion eignet sich wenig zur Breitenwirkung, aber sie liefert doch immerhin einen willkommenen Anlass, politische Grundfragen vor aktuellem Hintergrund neu zu durchdenken. Die heutige Verfassung sagt wenig aus über die moderne Sicht der Grundrechte und der Staatsziele. Vor 125 Jahren gehörten weder die grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch die Integration von Migrantinnen und Migranten mit vielfältigem kulturellem Hintergrund zu den existenziellen Aufgaben unseres Stadtstaates. Dass ökologische, wirtschaftliche und soziale Bedürfnisse gleichwertig sind, aber häufig zu Zielkonflikten führen, die sorgfältig gelöst werden müssen, entspricht dem Denken der aktuellen Jahrhundertwende. 1875 standen andere Fragen im Vordergrund, zum Beispiel das Verhältnis zwischen Kirchen und Staat und die Frage, welchen Einfluss die Kirchen auf die Schulen haben dürfen. Die Verfassungsgeber von 1875 legten die Grundlagen für den ‘Wohlfahrtsstaat’ – einen Staat also, der die Lebensqualität der Bevölkerung fördern will. Seine Entwicklung hat Basel-Stadt vor neue Herausforderungen gestellt.

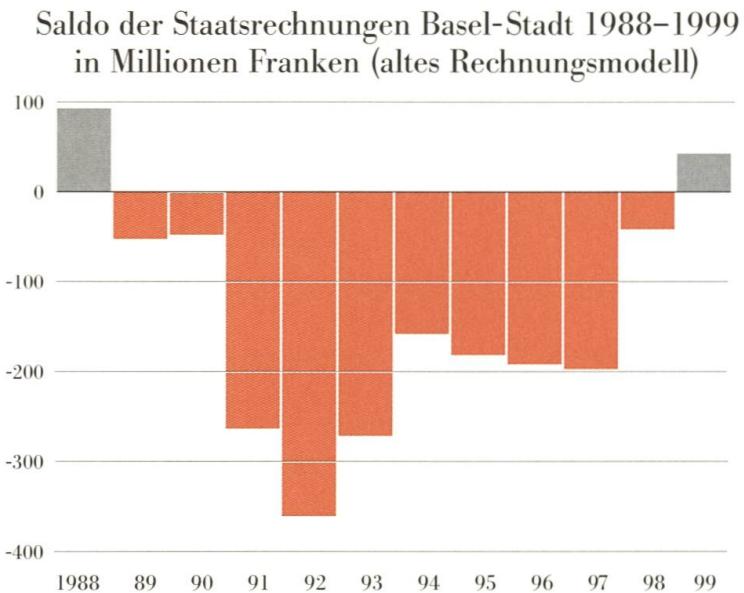
Basel-Stadt AG für Kundinnen und Kunden?

Der Leistungsstaat und seine Kosten

Vor hundert Jahren, als Basel das vierhunderte Jubiläum seiner Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft feierte, war die Erweiterung des beinahe gleich alten Rathauses im Bau. Seither wird das alte Rathaus durch Verwaltungsgebäude und Turm links und rechts und den Grossratssaal hinter dem Hof eingerahmt. Die Vergrösserung war nötig, weil Basel zur 100 000 Einwohner-Stadt herangewachsen war mit einer modernen, professionel-

len Verwaltung, die von vollamtlichen Regierungsräten geleitet wurde. Heute wäre ein ganzes Quartier nötig, um die vielen kantonalen Dienststellen und die 15 000 Angestellten zentral unterzubringen. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um Kanzlisten in labyrinthischen Bürokomplexen, sondern um Krankenpfleger, Tramfahrerinnen, Lehrerinnen, Polizisten, Architekten und Energie-Beraterinnen.

In den Nachkriegsjahren, als Bevölkerung und Wohlstand wuchsen, ist der Leistungsstaat kontinuierlich ausgebaut worden. Seither schrumpft die Bevölkerung, und die Staatsrechnung geht – zumindest in Rezessionsjahren – nicht mehr auf. Von den zentralörtlichen Diensten, welche die schwindende Bevölkerung der Kernstadt für die Agglomeration erbringt, war schon die Rede. 1970 kam ein Staatsangestellter auf 18 Einwohner, 1998 nehmen 13 Personen die Dienste eines Staatsangestellten in Anspruch. Im Jahrzehnt zwischen 1989 und 1999 liessen konstante Defizite die Staatsschuld auf mehr als das Doppelte anwachsen. Der Schuldendienst frisst fast 7% der jährlichen Einnahmen. Aus Verantwortung für die künftige Generation, die Anspruch auf intakte Ressourcen und einen handlungsfähigen Staat hat, darf diese Entwicklung nicht hingenommen werden. Aber ebenso gilt: Durch Leistungsabbau im Bildungswesen oder im Kulturbudget und durch den Verzicht auf Investitionen in die Infrastruktur wird der Niedergang noch beschleunigt. Gesund schrumpfen oder krank sparen? Dank rigoroser Budgetdisziplin und anziehender Konjunktur schreibt der ‘Finanzminister’ im Augenblick schwarze Zahlen, doch inzwischen ist die Rechnung auf der Einnahmenseite unter Druck geraten. Basel-Stadt müsse die Steuerquote senken, um im Wettstreit der Wirtschaftsstandorte an Attraktivität zu gewinnen. Die Besteuerung der Einkommen und Vermögen in Basel-Stadt liegt 10,4% über dem Schweizer Durchschnitt; 19 Kantone waren 1999 billiger.

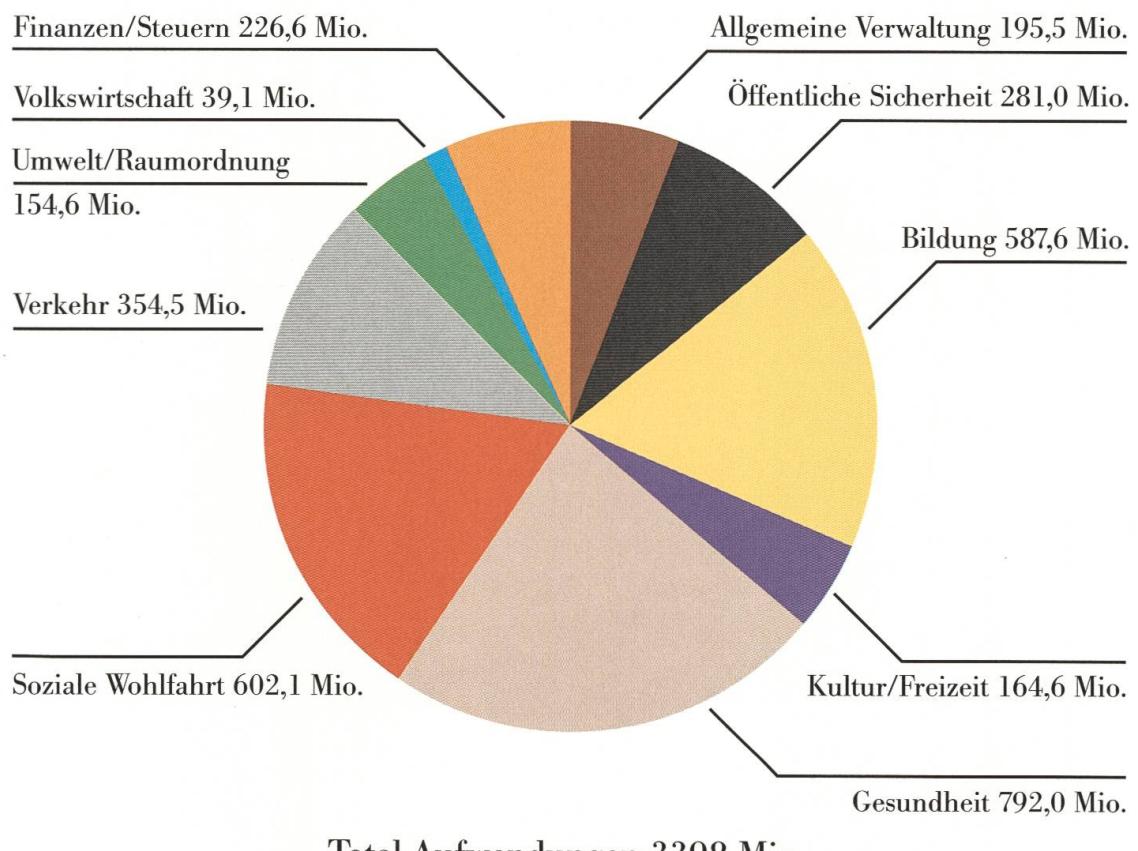


Mehr Markt – weniger Staat

Im Zuge der Globalisierung durchdringt ökonomisches Denken Staat und Gesellschaft. Verwaltung und Staatsbetriebe sollen nach den Grundsätzen privater Unternehmen geführt werden, also: viel Wirkung für möglichst wenig Geld. Bisher haben Parlament und Regierung zuerst Zwecke, Mittel und Verfahren präzise festgelegt und anschliessend ein detailliertes Budget bewilligt. Nach der Vorstellung des *New Public Management*, gut Baslerisch 'Puma', sollen sie sich jetzt auf das strategische Management beschränken. Sie erteilen einen Leistungsauftrag, in dem Produkte und Dienste definiert sind, aber nicht die Massnahmen, und bewilligen dafür ein Globalbudget ohne detaillierte Vorschriften. Die Festlegung der Mittel und Verfahren, das sogenannte operative Management, ist dann Sache der Dienststelle. Vom Auftraggeber detailliert kontrolliert, an den Vorgaben gemessen und bewertet werden nur die Leistungen, im Fachjargon der *Output*.

Der klassische Beamte ist der Arm des Gesetzes, seine höchste Tugend die unbestechliche Pflichterfüllung, die Treue gegenüber dem Staat und die Loyalität zum Vor-

Aufwendungen des Kantons Basel-Stadt nach Aufgabenbereichen 1999
in Franken



gesetzten. Eine hohe Arbeitsplatzsicherheit schützt ihn vor Druck- und Beeinflussungsversuchen aus der Öffentlichkeit. Seit Sommer 2000 kennt Basel-Stadt keine Beamteninnen und Beamten mehr, sondern nur noch öffentlich-rechtliche Angestellte. Sie werden möglichst effizient den Aufgaben zugeordnet. Weil diese, entsprechend den wechselnden Bedürfnissen, immer wieder ändern, sind Reorganisationen an der Tagesordnung, Versetzungen häufig, Lebensaufgaben selten, Entlassungen vereinfacht. Auch Staatsangestellte beziehen jetzt Leistungsprämien.

König im wirkungsorientierten Staat ist der Kunde. Öffentliche Dienste wetteifern im Dienstleistungsmarkt um die Gunst von Kundinnen und Kunden. Staat, Kommunen und Verwaltung werden ein Stück weit privatisiert, indem die Betriebsführung den Gesetzen der Privatwirtschaft nachgebildet wird. Öffentliche Aufgaben können an Private delegiert werden. Voraussetzung ist eine transparente Ausschreibung und eine wirksame Leistungskontrolle. Einzelne Staatsbetriebe werden autonom, wie etwa die Universität, andere werden ganz ausgegliedert, wie die ehemalige Zentralwäscherei, die heutige *Zeba AG*.

Wenn die Privatisierung ganz vollzogen wird, werden staatliche Zwänge durch Marktzwänge ersetzt. Marktgerechte Löhne haben in einem solchen Betrieb unter Umständen zur Folge, dass die Manager ihre Löhne verdoppeln, während das wenig qualifizierte Personal kaum noch genügend zur Sicherung des Lebensunterhalts verdient. Teilprivatisierung kann bedeuten, dass die Betriebsleitung ihre Mittel selbst erwirtschaften muss, indem sie ihre Leistungen verkauft oder Sponsoren sucht, die sich durch die Finanzierung ausgewählter Leistungen ein bestimmtes Image schaffen wollen.

Umgebaut wird schliesslich auch der Sozialstaat: Sozialhilfe wird so verteilt, dass Empfängerinnen und Empfänger nicht in dauernde Abhängigkeit geraten. Sie sollen möglichst viel Verantwortung übernehmen und zu Eigenleistungen angespornt werden.

Mehr Markt, weniger Staat! Wie jede Medizin, könnte man in Anlehnung an Paracelsus sagen, ist auch diese eine Frage der richtigen Dosis, sonst wird aus dem Wirkstoff Gift. Sind Patienten Kunden und ihre Gesundheit eine Ware? Gibt es auch Chancengleichheit für Kinder von Migrantinnen und Migranten in einem teilprivatisierten Schulwesen, in dem nur noch ein Basisangebot unentgeltlich konsumiert werden kann? Sollen Sponsoren über die Nützlichkeit eines universitären Studienganges entscheiden? Wie weit darf die Umgestaltung des Staates gehen? In privaten Kommunen regieren Kun-

dinnen und Kunden, der Souverän ist entthront. Wer nicht bezahlen kann oder mit den Leistungen nicht zufrieden ist, muss seine Koffer packen und einen andern Anbieter suchen.

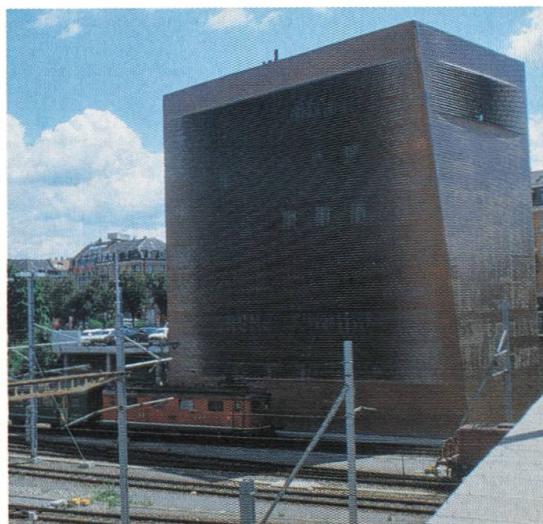
Repräsentative Kultur und viele Szenen

Tradition und Spitzenkultur

Die Zeit um 1501 hat in Basels Kulturleben bis heute tiefe Spuren hinterlassen: Trotz ihrer langen und wechselhaften Geschichte ist die Universität lebendig geblieben. Die medizinische und naturwissenschaftliche Forschung und die humanistisch geprägten Geisteswissenschaften bilden noch immer ihre Schwergewichte. Aus den privaten Raritätenkabinetten jener Zeit sind unsere Museumssammlungen herausgewachsen, die oberrheinische Renaissance-Malerei von damals kann noch heute im Kunstmuseum bewundert werden.

Der Gelehrte Erasmus von Rotterdam und der Anatom Andreas Vesal suchten in Basel hochprofessionelle Drucker, der Kunstmaler Hans Holbein fand hier wohlhabende Auftraggeber. Was damals galt, ist noch heute gültig: Repräsentative Kultur und Wirtschaft sind eng verwoben. Wohl nirgends in der Schweiz hat private Kulturförderung bis in die jüngste Vergangenheit eine solche Tradition: die Familie Hoffmann-Oeri und das

'Neues Bauen': SBB Stellwerk, Münchensteinerstrasse, von den renommierten Architekten Herzog & de Meuron erbaut.



Kunstmuseum mit dem Museum für Gegenwartskunst, Peter und Irene Ludwig und das Antikenmuseum, die Paul Sacher-Stiftung, das Tinguely-Museum, die Fondation Beyeler, die Stiftung 'Schauspielhaus Ladies First' und der neue Theaterbau, die Stif-

tung 'Basel tanzt' ... Aber ohne das staatliche Kulturengagement mit einem jährlichen Budget von 100 Millionen Franken ginge wenig: Der Staat legt die Grundlagen und sichert die Kontinuität.

Schliesslich ist die Region in den letzten Jahren zu einem Mekka für neues Bauen geworden. Hier stehen Bauwerke, die neue Massstäbe setzen, hier wirken Architekten mit internationalem Renommee. Wer in

den Bahnhof SBB fährt, wird vom 26 Meter hohen Zentralstellwerk im Kupfermantel, vom Peter-Merian-Haus, einer Art liegendem Wolkenkratzer mit gläserner, grüner Haut, und bald von der schwungvollen Passerelle über den Gleisen empfangen.

Die städtische Gesellschaft trifft sich im Konzert, in der Sonderausstellung im Kunst- oder Antikenmuseum, an der jährlichen Vernissage der Kunstmesse *Art* (seit 1970) oder im Theater. Was sich als Spitzenkultur versteht, wird werbewirksam nach aussen getragen: Basel, heisst es, ist eine weltoffene Stadt, die sich ihre Kultur viel kosten lässt. Gerne wird auch heute noch auf jene Abstimmung von 1967 verwiesen, an der die Bürgerschaft einen Kredit für den Ankauf von Picasso-Bildern genehmigt hat. Inzwischen hat ausgerechnet die reiche Gemeinde Riehen den Ankauf eines Erinnerungsbildes an das Kunsthappening 'Wrapped Trees' des Künstlerehepaars Christo verweigert. Dass Basel nicht Kulturstadt Europas 2001 wurde, hinterlässt einen schalen Geschmack.

Nebeneinander von Szenen

Neben kulturellen Leuchttürmen braucht es auch einen guten Boden für die lokale Kulturproduktion: Gemeinschaftsräume für Künstlerateliers oder Übungslokale für Musikgruppen, zum Beispiel in leerstehenden Industriebauten, Auftrittsmöglichkeiten an Festivals und Veranstaltungen, Galerien, Publikationsmedien. Die staatliche Kulturförderung und die *Christoph Merian Stiftung* stehen in der Verantwortung. In Basel hat seit Frühjahr 2000 das erste Literaturhaus der Schweiz seine Türen geöffnet: Hier können Schreibende und Lesende einander begegnen. Das *Forum für Neue Medien* soll Videokünstler zusammenführen.

Basel ist reich an unverwechselbaren Bräuchen und Traditionen. Zünfte und Gesellschaften pflegen Traditionen, Wohltätigkeit und Geselligkeit. Sie zeigen jedoch wenig Neigung zur Experimentierfreude und zur Öffnung nach aussen. An manchen Türen wird Frauen und Fremden der Zutritt noch immer verwehrt. Die Sprachkonventionen der Fasnacht lassen den Willen zur Abgrenzung erkennen.

Abgetrennt von den Einheimischen haben Migrantinnen und Migranten in den letzten Jahrzehnten ihre unterschiedlichen kulturellen Identitäten und Traditionen im eigenen Kreis gepflegt. Viele betrachten die 'Fassadenanpassung' allerdings als Preis für den höheren Lebensstandard, gönnen sich wenig Freizeit, weil sie sich nicht recht auf die neue Heimat einlassen und Ersparnisse für eine spätere Rückkehr anlegen wollen. Diese Hoffnung projizieren sie vielleicht auf ihre Kinder. Die *seconda generazione*, die

zweite Generation, steht, das zeigt das fliegende 'Switchen', der Wechsel zwischen der Muttersprache und dem Schweizerdeutschen, zwischen Stuhl und Bank, fühlt sich manchmal von beiden Seiten ausgestossen, ist sich selbst fremd. Zu ihren neuen Werten gehört der berufliche Aufstieg und die Entfaltung in der Freizeitgesellschaft. Ein zentraler kultureller Integrationsfaktor sind deshalb der Sport und die Sportvereine



Jugendliche tanzen in der 'Kuppel' zu Salsa-Klängen.

geworden. Sie bilden eine Brücke zwischen schweizerischer und ausländischer Jugend.

Der Löwenanteil des staatlichen Kulturbudgets und der Mittel aus dem Kulturvertrag mit dem Partnerkanton fliessen

in den etablierten Kulturbetrieb. Eine prominente Ausnahme bildet die experimentierfreudige Kaserne Basel, die ein jüngeres, nonkonformistisches Publikum anspricht. Die jüngere Generation hat weitgehend ihre eigene Szene, die sich nicht in der Suche nach Fun und nach der grössten Technoparty erschöpft. Besonders bunt ist die Palette der musikalischen Stilrichtungen, die von rund 400 Bands gepflegt werden: von Rock'n'Roll, Jazz, Blues über Punk zu Garage, Hip Hop und Ska. Das Protestpotential der Jugendkultur äussert sich erkennbar in den gesprayten Graffiti und bei der Einrichtung und Verteidigung autonomer Räume. Letztere haben in den 80er Jahren zweimal zur Explosion latenter Konflikte mit dem 'Establishment' geführt: 1981 räumte die Polizei das von der 'Bewegung' besetzte 'Autonome Jugendzentrum', 1988 musste die alternative Kulturszene in den Treibhäusern der alten Stadtgärtnerei dem geplanten Grünpark weichen. Es gibt viele lebendige kulturelle Szenen in Basel, aber Austausch und Grenzüberschreitung stehen nicht häufig auf der Tagesordnung.

Basel, Bern, Brüssel

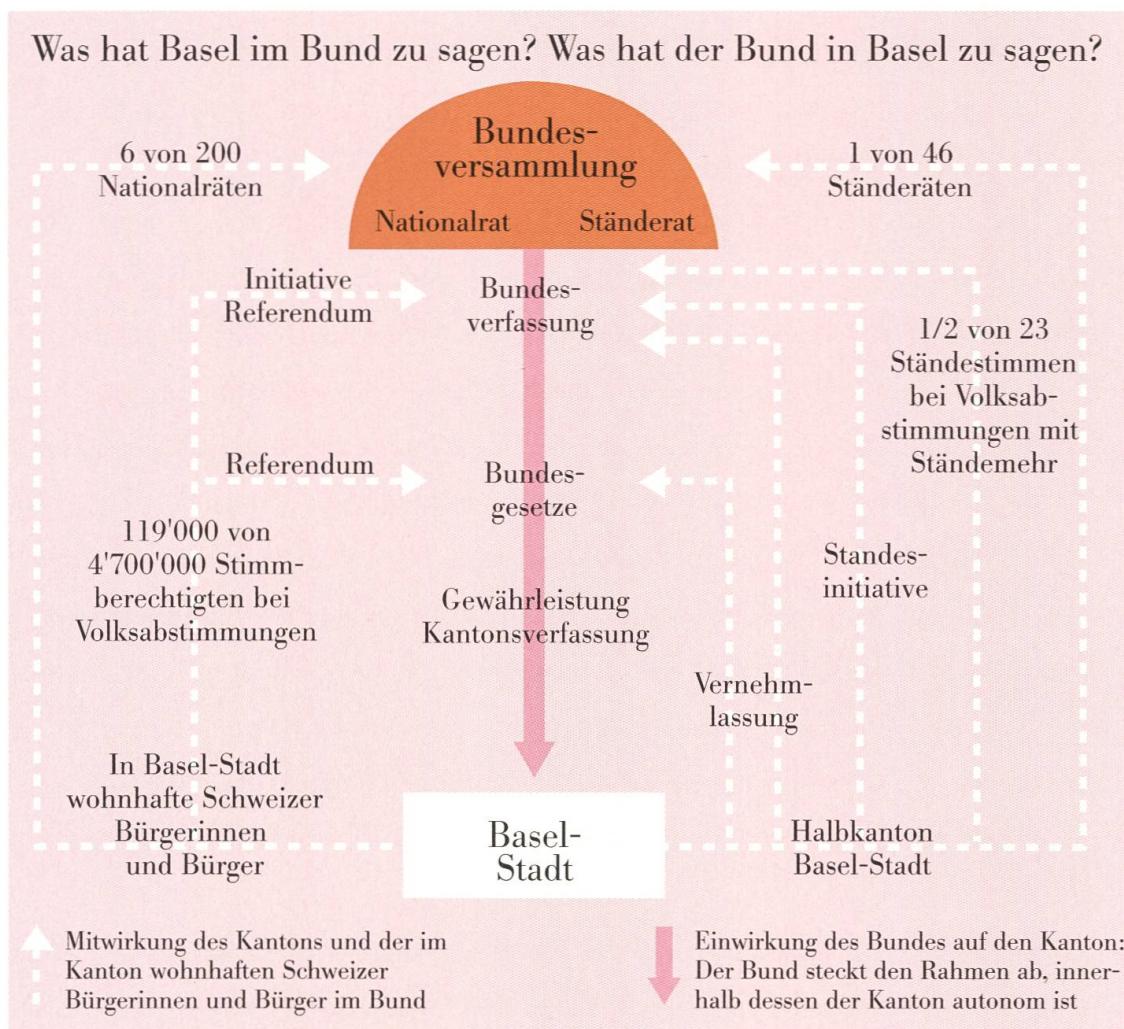
Als Bundesglied: eigenwillig, aber loyal

Seit 1520 zeigen die Standesscheiben in der vorderen Stube des Rathauses, dass Basel mit den Eidgenossen verbündet ist. Über den Wappen der alten Orte prangen Doppeladler und Reichskrone. Auch nach 1501 gehörten Basel und die andern Orte zum Reich. Basel war gleichzeitig souveräner Stadtstaat, Mitglied des eidgenössischen Staatenbundes und Angehörige des Heiligen Römischen Reiches.

Der Austritt aus dem Reichsverband 1648 und vor allem die Schaffung des Bundesstaates 1848 haben die Situation gründlich verändert. Basel-Stadt ist kein souveräner Staat mehr, geniesst aber als eidgenössischer Kanton umfassende Autonomie. Sie geht erheblich weiter als jene der Gliedstaaten in den anderen Föderativstaaten Europas. Bund, Kantone und Gemeinden teilen sich die Steuerhoheit und verfügen je über ein Drittel der öffentlichen Finanzen; nur 11% des öffentlichen Personals arbeitet für den Bund. Gemäss dem Prinzip der Subsidiarität überlässt jede Einheit der nächstunteren alle Aufgaben, die sie erfüllen kann. Alle Kompetenzen, die die Bundesverfassung nicht explizit dem Bund zuweist, fallen den Kantonen zu, insbesondere Schule, Kultur, Polizei, Fürsorge. In andere Aufgaben teilen sich Bund und Kantone; dazu gehören Raumplanung, Strassenbau, Hochschulen. Die Kantone haben viele Möglichkeiten, sich im Bund Gehör zu verschaffen. Machthemmung und Partizipation werden gross geschrieben.

Der Jura, der Basel von der übrigen Schweiz trennt, war 1501 eine grössere Barriere als heute. Trotzdem hat Basel in der Eidgenossenschaft an Gewicht verloren. Basel ist kleiner und die Schweiz grösser geworden. Seit der Trennung vom Landkanton ist Basel-Stadt flächenmässig mit Abstand der kleinste Kanton. Als Halbkanton hat er nur einen Vertreter im Ständerat und eine halbe Standesstimme bei Abstimmungen, in denen Volk und Stände zustimmen müssen. 1501 mit Abstand bevölkerungsreichste und bedeutendste Stadt im Bündnis, ist Basel wegen seiner Grenzlage mittlerweile von anderen Städten eingeholt oder sogar überrundet worden. Seine Vertretung im Nationalrat ist seit 1971 von acht auf sechs von 200 Sitzen geschmolzen; während der Partnerkanton Basel-Landschaft zugleich von fünf auf sieben Sitze zulegen konnte. Lebensstil und Mentalität im Stadtstaat unterscheiden sich vom Schweizer Durchschnitt. Das zeigt sich etwa bei eidgenössischen Abstimmungen. Die Industriestadt reagiert sensibel auf die Bedro-

hung der natürlichen Umwelt. Deshalb wollten 1990 63,4% der Stimmenden aus der Kernenergie aussteigen, landesweit war es bloss eine Minderheit von 47,1%. Die AKW-kritische Haltung der Region Basel war schon früher zum Ausdruck gekommen und 1980 in den eidgenössischen Räten heftig gerügt worden.



Dass die Grenz- und Exportstadt offen ist gegenüber Europa und der Welt, hat die EWR-Abstimmung gezeigt. Die Migrationsstadt fühlt sich durch Fremde weniger provoziert: Die erleichterte Einbürgerung, die 1994 am Ständemehr scheiterte, erreichte in Basel eine Zustimmung von 55,5%. Trotz ihrer Verschiedenheit sagen Baslerinnen und Basler ja zu Bern. Sie setzen grosse Erwartungen in den Bund und seine Gesetzgebung. Von allen Kantonen hat Basel-Stadt zwischen 1961 und 1999 bei eidgenössischen Volksabstimmungen (ohne Volksinitiativen) mit einem Durchschnitt von 64,9% den grössten Anteil an Ja-Stimmen erzielt. Am anderen Ende der Skala liegt der Kanton Schwyz mit 51,4%.

Die Zukunft ist europäisch

Wer an der Grenze wohnt, erlebt täglich, dass Raumplanung und Umweltvorsorge, Sicherheit und Migration, der Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsnetze, die Angleichung der Rechtssysteme, die Abstimmung der sozialen Einrichtungen oder der



S-Bahn Station 'Bahnhof St. Johann' mit Zugskomposition.

Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und vieles mehr nur noch im internationalen Verbund gelöst werden können. Am Dreiländereck kann jedermann sehen, dass der Zoll zwischen Frankreich und Deutschland gefallen ist und dass die Preise in Euro angeschrieben werden. 1992 stimmten die beiden Basel zusammen mit den Westschweizern dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum zu. Mit der knappen Ablehnung des Beitritts hat die Schweiz damals die Chance verpasst, an den

vier Freiheiten zu partizipieren, am freien Verkehr der Waren, der Personen, der Dienstleistungen und des Kapitals.

Gut zwei Drittel der Stimmberchtigten in der Schweiz hissen am 21. Mai 2000 die bilateralen Verträge mit der EU gut. Nach zähen Verhandlungen hat der Bundesrat in den sieben Verträgen einiges erreicht: Schrittweise innerhalb von zwölf Jahren soll zwischen der Schweiz und der EU Freizügigkeit für Personen hergestellt werden mit freiem Zugang zum gesamten Arbeitsmarkt. Experten gehen davon aus, dass die Zahl der Grenzgängerinnen und -gänger, die in der Nordwestschweiz arbeiten, in der Folge ansteigen wird. Vermutlich werden wenige ihr neues Recht auf einen zweiten Wohnsitz als Wochenaufenthalter in Anspruch nehmen. Viel eher ist damit zu rechnen, dass Menschen aus der Schweiz ihren Wohnsitz in den Sundgau oder nach Südbaden verlegen, wo die Wohnungskosten 20–40% tiefer liegen. Der Einkaufstourismus dürfte eher zurückgehen, weil die Lebensmittelpreise in der Schweiz auf den europäischen Stand sinken werden. Dank der bilateralen Verträge sollen die Märkte durch Abbau von Handelshemmnissen offener werden. Der Export in die EU wird nicht mehr durch unterschiedliche Normen behindert; das hilft der Pharmaindustrie. Diese Offenheit gilt auch für das öffentliche Beschaffungswesen. Ausländische Anbieter dürfen also bei kommunalen Bauprojekten nicht benachteiligt werden. Schliesslich erhält die Schweiz

freien Zugang zu den Forschungsprojekten der EU. Für die trinationale Agglomeration Basel ist Offenheit gegenüber Europa eine Überlebensfrage, im Grossen wie im Kleinen. Hier Basel – hier Schweiz gilt noch immer, aber ebenso evident ist unsere Zugehörigkeit zu Europa, unabhängig davon, ob wir die Brüsseler Bürokratie mögen.

Kleinstadt – internationale Stadt

Seit 1970 geht die Bevölkerung von Basel-Stadt Jahr für Jahr zurück. Gegenüber dem Maximum hat der Kanton heute einen Fünftel seiner Bevölkerung eingebüsst. Basel bleibt eine grosse Schweizer Stadt; für europäische Verhältnisse hingegen ist Basel eine mittelgrosse, am Weltmaßstab gemessen bloss eine kleine Stadt. Kleinstädtisch wäre es, den Grossstadtträumen nachzuhängen, über den angeblichen Niedergang zu klagen, sich in Nabelschau zu üben. Basel spielt nicht in der Liga der Weltstädte. Basel braucht keine U-Bahn. Ziel der Stadtentwicklung ist eine gute soziale Durchmischung der Bevölkerung, die Erhöhung der Attraktivität von Wohnort und Arbeitsplatz. Eine Rückkehr auf den Wachstumspfad der Nachkriegsjahre kann es für Basel-Stadt nicht geben, mindestens solange wir nicht alle bereit sind, mit erheblich weniger Wohnraum vorlieb zu nehmen.

Basels Chance ist die Entwicklung zur internationalen Stadt. Voraussetzung nach innen ist die Integration der Migrantinnen und Migranten. Ihr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufstieg macht die ganze Bevölkerung reich. Voraussetzung nach aussen ist die Überwindung der Grenzen. Wenn aus der trinationalen Agglomeration eine trinationale Stadt wird, die die Menschen in den baselstädtischen, basellandschaftlichen, südbadischen und oberelsässischen Gemeinden nachhaltig und gemeinsam gestalten, wird das internationale Basel Mittelpunkt einer lebendigen Region mit grosser Ausstrahlung. Umfassend sind die Raumordnung und die Infrastrukturnetze, zum Beispiel die regionale S-Bahn. Aber die kleineren Zentren, welche die Kernstadt wie einen Kranz umgeben, geniessen auch weiterhin ein hohes Mass an Unabhängigkeit.